

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

119 (25.5.1914) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Kaufgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 4 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Herr Dr. Haas und die Unterbeamten.

Karlsruhe, 23. Mai.

Zum Schluß der Reichstagsession gab es befremdlich bei der dritten Lesung des Postetats eine heftige Debatte über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, zum Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, der bezweckte zur Aufbesserung der Unterbeamten der Landbriefträgerklasse 260 000 M. zu bewilligen, jedoch man diesen schlecht bezahlten Beamten eine außerordentliche Zulage von 100 M. sofort ausbezahlen kann. Der sozialdemokratische Antrag wollte diese Unterbeamten, die eine Zulage am meisten notwendig hätten, für das Entschädigen, was sie durch das Scheitern der Besoldungsvorlage verlieren. Jede bürgerliche Partei hatte ihre besondere Redensart, um ihre Gegnerschaft gegen diesen selbstverständlichen Antrag zu entschuldigen. Die einen wollten konsequent sein, die andern dem parlamentarischen Regime keinen Vorstoß leisten, die dritten der Sozialdemokratie die Verantwortung für das Scheitern der Besoldungsnovelle nicht abnehmen. Im Grunde genommen fürchteten die Herren alle nur die von der Regierung komischerweise angebotene Reichstagsauflösung, und mit diesem Verrat an den Unterbeamten, einem Akt jämmerlicher Feigheit, hat die Reichstagsession der Zaubersprüche entsprechend geendet.

Jetzt, nachdem die Unterbeamten dazu verurteilt sind, weiter am Hungerknochen zu nagen, jetzt regt sich das Gewissen der bürgerlichen Politiker. Nicht wegen der Not der neben herumgefallenen Beamten, sondern aus der plötzlich auftauchenden Erkenntnis, daß man ihnen, um ihrer lieben Stimmen willen, bei Wahlen stets den Drei um den Mund herummierte, der Nichts kostet. Jetzt setzen in der bürgerlichen Presse die Beschuldigungsartikeln ein, um den betrogenen Unterbeamten zu zeigen, warum es so und nicht anders gekommen ist. Eine Erkenntnis, die man regelmäßig beobachtet kann, wenn die bürgerlichen Parteien die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten haben.

So gibt der Reichstagsabgeordnete des 10. Kreises, Herr Dr. Ludwig Haas in der Freitagnummer des „Landeshoten“ eine Darstellung jener Vorgänge im Reichstage, aus deren Länge und Sprache man deutlich die Verlegenheit der fortschrittlichen Volkstribunen herauslesen kann. In seinen Ausführungen macht Herr Dr. Haas die unglaublichen Verrenkungen, um die Sozialdemokratie für das Scheitern der Vorlage verantwortlich zu machen. Man hätte die Regierung doch nicht zwingen können und der Antrag der Sozialdemokraten hätte andere ebenfalls schlecht bezahlte Beamten nicht berücksichtigt und andere jämmerliche Verlegenheitszitate mehr, mit denen die Schande der bürgerlichen Parteien schamhaft zudeckt und der Zorn der Unterbeamten auf diejenige Partei abgelenkt werden soll, die den bürgerlichen Parteien wieder einmal die Schuldlast vom Gesicht gerissen hat. Sodann arbeitet Herr Dr. Haas mit der Ablehnung des Gesamtbudgets seitens der Sozialdemokratie. Die Beamten sollen ihr sagen: „Durch den Etat wollt ihr uns helfen, die ihr den Etat ablehnt.“ Ein Argument, das wirklich nicht mehr ernst genommen werden kann und lediglich für diejenigen zugeschnitten ist, die nicht alle werden. Sowohl die Sozialdemokratie will den Unterbeamten durch den Etat helfen und wird ihn von dem Moment an nicht mehr ablehnen, wenn er nach ihren Wünschen aufgestellt ist. Wenn aber der Etat lediglich die Interessen der großen Schmarotzer wahr, hingegen aber die Rechte des arbeitenden Volkes, zu denen auch die in Frage stehenden Beamtenkategorien gehören, mit Füßen tritt, so hat sie als einzige und wirkliche Volkspartei die Pflicht, ihn abzulehnen.

Wer der Herr Dr. Haas wird mit seinem Artikel die Unterbeamten nicht hinter sich führen. Es ist darum angebracht, noch einmal den Sachverhalt darzustellen und sich über die Folgerungen klar zu werden, die aus ihm zu ziehen sind.

Dem Reichstag lag ein Regierungsentwurf vor, der den Beamten der untersten Gehaltsklassen eine Aufbesserung von 100 M. in Aussicht stellte. Es handelte sich vornehmlich um die Landbriefträger und die schlechtest bezahlte Gruppe der Reichseisenbahner, um Beamte, deren Anfangsgehalt 1100 Mark und deren Höchstgehalt 1700 M. beträgt. Zugleich sollten aber für die Reichseisenbahnbeamten die bisher gewährten nichtpensionsfähigen Zulagen in Fortfall kommen, so daß für diese Klasse bei der Vorlage nur eine kleine Verbesserung ihres Dienstverdienstes herausgerufen wäre. Die Budgetkommission änderte den Entwurf dahin, daß den Eisenbahnern die persönliche Zulage trotz der Gehaltserhöhung weitergenährt werden und außerdem auch den sogenannten gehobenen Unterbeamten, Leuten mit einem Dienstverdienst von 1400—2100 M., das Gehalt um 100 M. aufgebessert werden sollte.

Die Regierung erklärte diese Beschlüsse für nicht annehmbar, aber weder die Kommission noch das Reichstagsplenum bei der zweiten Lesung ließ sich durch ihre Drohungen einschüchtern. Erst vor der dritten Lesung vereinbarten die Parteien des alten Bündnisses mit der Regierung ein Kompromiß, wonach die Regierungsvorlage angenommen, ihr aber ein Paragraph eingefügt werden sollte, der die gesetzliche Regelung der Bezüge der gehobenen Unterbeamten im Sinne der Kommission mit der Rechtswirkung zum 1. Januar 1916 in Aussicht stellt. Dieses Kompromiß wurde in der Sitzung vom 18. Mai abgelehnt, und es verblieb bei den Beschlüssen zweiter Lesung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß es für den Bundesrat eine Pflicht der Menschlichkeit ist, die Besoldungsordnung in der vom Reichstag beschlossenen Form anzunehmen. Um aber die zahlreiche Klasse der Landbriefträger auf alle Fälle vor der Schädigung zu bewahren, die ihr aus dem Konflikt zwischen Reichstag und Bundesrat zu erwachen drohte, beantragte sie, die zur Aufbesserung der Landbriefträger nötige Summe in den Etat einzustellen. Aus den zur Verfügung gestellten Mitteln sollte den Beamten der Landbriefträgerklasse für das laufende Jahr eine außerordentliche Zulage von 100 M. ausbezahlt werden, diese Zulage sollte aber in Fortfall kommen, wenn die Besoldungsvorlage die Zustimmung des Bundesrats fand und die Beamten dauernd erhielten, was ihnen auf dem Wege der Etatgesetzgebung nur als einmalige, außerordentliche Zulage gewährt werden konnte.

Damit war zugunsten der notleidenden Beamten ein glücklicher Ausweg gewiesen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß er tatsächlich beschritten worden wäre, wären es nicht gerade die Sozialdemokraten gewesen, die ihn gezeigt hätten. Darüber, daß die Beamten ab 1. April 1914 hundert Mark mehr erhalten sollten, bestand doch Uebereinstimmung zwischen der Regierung und sämtlichen Parteien des Hauses; die Absicht, diesen Beamten die verübene Zulage vorzuenthalten, bestand nirgends oder wurde doch von keinem zugegeben. Alsdenn auch das Besoldungsgesetz in Schwabe, weil sich die beiden Faktoren der Gesetzgebung nicht einigen konnten, so erhielten doch die am schlechtesten gestellten Beamten ihre Zulage, deren sie dringend bedürfen und die zwischen Regierung und Reichstag nie ein Streitgegenstand gewesen war.

Allerdings: wären Regierung und bürgerliche Parteien auf diesen vernünftigen Vorschlag eingegangen, dann hätte man der Sozialdemokratie das Verdienst einer rettenden Tat nicht bestreiten können. Das aber durfte nach der Meinung der Regierung nur und nimmer geschehen, daß eine Gruppe von Reichsbeamten Zulagen gleichsam als Geschenk aus den Händen der Sozialdemokratie erhalten hätte. Die Angst, daß durch einen solchen Vorgang der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Beamtenenschaft wachsen könnte, war viel stärker als Vernunft und Menschlichkeit, die dringend zur Annahme des sozialdemokratischen Vorschlags rieten. Darum schob die Regierung die Frage auf das verfassungsrechtliche Gebiet, stellte den sozialdemokratischen Antrag als einen Eingriff des Parlaments in die Exekutive dar und ließ sogar das Gerücht verbreiten, wenn der Reichstag den sozialdemokratischen Antrag annehme, dann werde er unverzüglich aufgelöst werden.

Die vom Saun gebrochene verfassungsrechtliche Auseinandersetzung hatte aber nur dann einen Sinn, wenn die Regierung von vornherein entschlossen war, den Landbriefträgern die ihnen schon zugesagte Zulage wieder zu verweigern. Man kann darüber streiten, ob das Parlament befugt ist, durch Änderungen des Etats die Regierung gegen ihren Willen zu bestimmten Ausgaben zu zwingen. Man kann aber nicht darüber streiten, daß Reichstag und Bundesrat berechtigt sind, durch übereinstimmenden Beschluß Etatsvorlagen abzuändern und notleidenden Beamtengruppen außerordentliche Zulagen zu gewähren. War die Regierung bereit, den Landbriefträgern zu helfen, dann gab es keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Diese Bedenken sind erst dadurch entstanden, daß der Bundesrat gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag den wilden Mann spielte und eine Trost- und Bösheitspolitik trieb, die an sich ganz lächerlich ist, die aber empörend wirkt, weil die armen Landbriefträger die Kosten davon bezahlen sollen.

Der Kompromißantrag, den der Reichstag mit so knapper Mehrheit ablehnte, mag dem guten Willen entsprungen sein, für die Beamten etwas zu retten. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags durch die Regierung war aber eine Brutalität, und das Zurückweichen der bürgerlichen Parteien vor den Drohungen der Regierung war eine bedauerliche Schwäche.

Wichtiger als das Geschehene und der Streit darüber, was von einzelnen Parteien etwa besser hätte gemacht wer-

den können, ist die Feststellung dessen, was ist. Eine vom Reichstag gründlich beratene, in drei Lesungen beschlossene Novelle zur Besoldungsordnung liegt vor. Sie enthält das Wesentlichste von dem, was die Beamten wünschen, bedarf aber zur Gesetzgebung noch der Zustimmung des Bundesrates. Wer weigert der Bundesrat diese Zustimmung, dann wird sich die Empörung der Beamten mit Recht nicht gegen diese oder jene Partei, sondern gegen die Regierung richten. Die obersten, mit Kiejegehältern ausgestatteten Regierungsbeamten sind es dann, die den untersten, schlechtest bezahlten Beamten eine geringe Verbesserung ihrer fargen Bezüge verweigern!

Noch hat der Bundesrat sein letztes Wort nicht gesprochen. Bleibt es aber bei dem angedrohten „Nein“, dann wird die Sozialdemokratie den Beamten zeigen, wo der Feind sitzt! Sie wird ihnen aber auch sagen, daß die Partei des Herrn Dr. Haas vor den Wahlen wohl bedeutende Sprünge den Beamten vormacht, sie aber im entscheidenden Moment genau so im Stiche läßt, wie das Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien.

Deutsche Politik.

General v. Lindennau und die braunen Lappen der Ordens- und Titelhungerigen.

Das Berliner „Kleine Journal“ (Nr. 23 vom 22. Mai) schreibt zu dem Fall Lindennau:

Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht hat im Reichstag die schwere Beschuldigung gegen den verstorbenen Gouverneur von Meck. Generalleutnant Kurt von Lindennau, erhoben, daß er das ihm sichtlich bewiesene Vertrauen des Kaisers dazu benutzte habe, gegen Geld Titelschacher zu betreiben. Er hat diesen Vorwurf dokumentarisch bewiesen. Wir gestatten uns, daran zu erinnern, daß wir seit Jahren, wann immer auch von Herrn v. Lindennau die Rede war, und es war recht oft von ihm die Rede, weil er die Stufenleiter des Glücks in rasender Schnelligkeit hinaufkletterte, an dieser Stelle gesagt haben, daß ihm der Posten des Kriegsministers verlagert bleiben würde, weil er dadurch angesichts seiner pekuniären Lage leicht in eine überaus blamable Situation gebracht werden könnte. Wir haben damit nur andeuten wollen, was jetzt der Herr Dr. Liebknecht nach Lindennaus Tode an die große Glocke gehängt hat. Herr v. Lindennau hing in Berlin bei fast allen Bucherzern, seine Akzente wurden in den Schieber-Cafés der Friedrichstadt blanco gehandelt. Schon als er noch in Erfurt war, wiesen die Agenten darauf hin, daß aus Geldgeschäften mit diesem Manne noch Vorteile anderer Art hervorzuführen, und in der Tat hat sich mancher Titel- und Ordenshungerige gefunden, der seinem Ehrgeiz ein paar Braune zum Dyrer brachte. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß Herr v. Lindennau, dessen militärische Fähigkeiten von keiner Seite bestritten werden, dessen militärische Qualitäten aber sicher niemand mehr geschätzt hat, als der Monarch, wiederholt Unterstellungen aus der kaiserlichen Privatkassette erhalten hat. Das Loch seiner Schulden aber war zu groß, es ließ sich nicht mehr verstopfen. Und die Wucherzinsen fraßen ihn auf. Ob es nötig war, die Affäre Lindennau in ihrem ganzen Umfang nach seinem Tode im Reichstag aufzurollen, ist eine Frage für sich, die wohl viele anders beantworten werden, als es Herr Liebknecht getan hat. Daß aber leider der Sachverhalt, wie ihn Liebknecht geschildert hat, den Tatsachen entspricht, kann schlechterdings nicht geleugnet werden.

Berlin, 23. Mai. Im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte heute der Kultusminister bezüglich des vom „Vorwärts“ aufgedeckten Titelschachers, des Generals von Lindennau sowie des Dr. Ludwig, die im „Vorwärts“ abgedruckten Briefe über den Titelschacher des Generals von Lindennau habe er der Staatsanwaltschaft übergeben. Der General war vor etwa zwei Jahren im Ministerium gewesen, um mit dem Arzt zu verhandeln. Der Referent war jedoch nicht anwesend und die Angelegenheit konnte gar nicht verhandelt werden. Jedenfalls hat der betreffende Arzt den Titel bis heute nicht erhalten. — Der Fall des Dr. Ludwig liegt ähnlich. Dr. L. ist im Ministerium nur dadurch bekannt, daß er von ihm verfaßte Schriftstücke eingekauft hat, wofür ihm der übliche Dank ausgesprochen worden ist. Wegen Verleibung eines Titels ist er niemals an das Ministerium herangetreten. — Im übrigen wird das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten sein.

Zur Reichstagsstichwahl in Stendal-Osterburg.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Kreises Stendal-Osterburg hat im Einverständnis mit dem Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt für die am Montag stattfindende Stichwahl folgende Parole ausgegeben: Keine Stimme für Koch! Jede sozialdemokratische Stimme für Wachhorst de Wente!

Soldatenmishandlung.

In Lindau mishandelten Ende November vorigen Jahres sogenannte ältere Leute die Soldaten Kalksberger, Siegler und der Gefreite Nagel einen Refruten, der nach ihrer Anoaße sich „froh gegen die alten Leute benommen“ habe. Die Mishandlung war so roh und brutal,

ts 6.
weit
rat!
1.25
1.10
0.45
0.95
0.75
0.45
0.75
1.25
95
00
75
75
ni 1914
eisen-
ng.
s 9-7 Uhr
11-4
esk. 5 M
Uhr 20 S.
DE
gadiert,
ge Presse.
attet. 098
straße 25
idellplatz
n
s Lager
ungen
ermöbel
Berech-
chanden
tt
esslager
urlach,
1. 1917
ten 434
iber-
ste
la Quali-
abzugeben
1 Treppe
hoch
ugstraße
en Kirchh.

daß der Refrut dauernden Schaden an seiner Gesundheit davongetragen hat. Er wurde nachts im Bett überfallen und fürchterlich durchgeprügelt und leidet seitdem an Ohnmachtsanfällen und Angstzuständen. Der Unteroffizier, dem der Refrut die Mißhandlung meldete, weigerte sich, die Meldung weiterzugeben und riet dem Refrut, zu schweigen, da er sonst vor den „Älten“ erst recht keine Ruhe habe. Das Kriegsgericht in Augsburg verurteilte jetzt die drei rohen Burschen zu je 5 Monaten Gefängnis. Der Unteroffizier wurde von der Anklage der Begünstigung freigesprochen.

Wahlrechtsanträge in der bremischen Bürgerchaft.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bremer Bürgerchaft hatte den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für die bremische Bürgerchaft gestellt. Nach dem Antrag sollte das Wahlrecht für beide Geschlechter vom 20. Lebensjahre ab gewährt werden. Letzten Mittwoch stand der Antrag zur Verhandlung; er wurde auch diesmal gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien befürworteten den sozialdemokratischen Antrag mit den üblichen Redensarten; nur der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Hornmann suchte sich mit einer Abschwächung des sozialdemokratischen Antrags aus der Verlegenheit zu ziehen. Er beantragte, für die bremischen Bürgerchaftswahlen das Reichstagswahlrecht zur Anwendung zu bringen. Das Frauenwahlrecht lehnte er ab. Außerdem sollte für die Wähler eine fünfjährige Karenzzeit bestehen. Der Antrag Hornmann wurde natürlich auch abgelehnt, und damit sind die Aussichten einer Wahlreform wieder einmal begraben.

Brutale Gewalt gegen die papstreuen Katholiken.

Die Meldung, daß dem Pfarrer Dr. Nieborowski durch das fürstbischöfliche Generalvikariat in Breslau die Herausgabe des antibademitischen Wochenblattes „Das katholische Deutschland“ vom 1. Juli ab verboten worden sei, wird zwar von Herrn Nieborowski in einer an die „Schlesische Volkszeitung“ gesandten Berichtigung als „nicht dem wahren Sachverhalt entsprechend“ bezeichnet; das Zentrumsblatt erklärt aber, es stelle nochmals fest, daß das Verbot durch „Verfügung vom 16. Mai“ ergangen sei. Wir zweifeln an der Richtigkeit der Nachricht nicht. Sie paßt genau in das terroristische System, nach welchem seit einiger Zeit die herrschende Richtung im Zentrum gegen die „Integranten“ vorgeht. Hat die Wachemrichtung sich doch nicht gesehnt, vier der besten Freunde des Bischofs Korum von Trier, darunter den Domkapitular Treiß, einen Professor vom Priesterseminar und den vom Bischof ernannten Bezirkspräses der katholischen Arbeitervereine, alles Geistliche, aus der Zentrumsparthei auszuschließen und den Parteimitgliedern das Lesen der von den Freunden des Bischofs herausgegebenen „Petrusblätter“ zu verbieten.

Die unter Dr. Porzschs Oberbefehl stehenden schlesischen Wachemiten haben den Tod des Bischofs Popp, des mächtigsten Schutzherrn der deutschen Integral-Katholiken, sich gründlich zunutze gemacht. Der gegen die Berlin-Trierer Richtung der katholischen Arbeitervereine veranstalteten Hebe, durch die jene unendlich und mundtot gemacht werden sollen, haben sich, obwohl diese Richtung vom Papste nachdrücklich gelobt worden ist, bereits mehr als achthundert schlesische Geistliche durch Unterschrift angeschlossen. Die Liste trug am 21. Mai die Namen von 814, also wohl mehr als der Hälfte aller katholischen Geistlichen Schlesiens.

Mittlerweile hat Erzbischof Dr. Rörber von Freiburg sich öffentlich gegen die Integranten ausgesprochen und diese als „Querköpfe“ bezeichnet. In Wien ist, wie schon gemeldet wurde, dem papstreuen „Katholischen Sonntagsblatt“ durch die fürstbischöfliche Behörde untersagt worden, weiter noch Artikel gegen den österreichischen „Klusverein“, die dortige Ausgabe „unseres“ „Katholischen Volksvereins“ für das katholische Deutschland“, die Seele des Bademismus, zu bringen.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.
Von Anatole France. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)
Sie ließ nicht nach, den Bürger Gamelin zu bitten, sie bei dem Volksfreunde einzuführen. Dieser wohnte in nächster Nähe, in der Rue des Cordeliers dicht bei der Kirche. Nach einigem Widerstreben gab der Maler dem Wunsch der Bürgerin nach.
Der Dragoner Henri wurde aufgefordert, mitzukommen, lehnte dieses aber mit der Begründung ab, daß er seine Freiheit selbst einem Marat gegenüber wahren wollte. Der hätte der Republik zwar Dienste geleistet, flaute jetzt aber schon ab: hatte er dem Volke von Paris doch in seiner Zeitung „Regeneration“ empfohlen!
Und mit melodischer Stimme und langen Seufzern beklagte der junge Krieger das Los der Republik, die von denen verraten würde, auf die sie gebaut hätte. Danton widerlegte sich einer Bestätigung der Reichen; Robespierre erklärte sich gegen die Permanenz der Bezirksversammlungen und Marat brach durch mattherzige Ratschläge den patriotischen Schwung.
„Oh!“ rief er, „wie schwach erscheinen diese Männer neben Leclerc und Jacques Roux! . . . Roux! Leclerc! Ihr seid die wahren Volksfreunde!“
Gamelin hörte diese Reden, die ihn empört hätten, nicht: er war ins Nebenzimmer gegangen, um seinen blauen Rock anzuziehen.
„Sie können stolz sein auf Ihren Sohn“, sagte die Bürgerin Hochemaure zu Gamelins Mutter. „Er ist groß an Talent wie an Charakter.“
Die Bürgerin Gamelin stellte ihrem Sohn ein gutes Zeugnis aus, ohne jedoch vor dieser vornehmen Dame mit ihm zu prahlen, denn sie hatte als Kind gelernt, daß die erste Pflicht der Heinen Leute die Bescheidenheit gegen die Großen ist. Doch sie klagte gern ihr Leid; an Anlaß fehlte es nicht, und das Klagen erleichterte ihr das Herz. Glaubte

Das „Sonntagsblatt“ hat ohne Murren geknifft. Es wird abzuwarten sein, wie Pfarrer Nieborowski sich mit der gegen ihn gerichteten Gewaltmaßregel abfindet. Jedenfalls zeigen die Beispiele von Breslau, Freiburg und Wien, wie sehr der hohe Klerus sich die Förderungen der angeblich interkonfessionellen Zentrumsparthei angelegen sein läßt. Was sagt eigentlich der Papst zu dieser terroristischen Geze gegen seine getreuesten Anhänger?

Salvarjan-„Korruption“.

Im Berliner „Kleinen Journal“ behauptet ein Herr Heinrich Müller, daß ein Salvarjan-Syndikat bestehe, das die ganze medizinische Presse und eine Anzahl namhafter Gelehrte bereits korrumpiert habe. Müller sagt:

Fast die gesamte medizinische Fachpresse befindet sich in den Händen des Salvarjan-Syndikats. Beiträge von Salvarjan-Gegnern werden nicht veröffentlicht, wie das Beispiel des Polizeiarztes Dr. Dreum schlagend beweist. Die „Klinische Medizinische Wochenschrift“ lehnte einen Aufsatz des Dr. Dreum mit der Begründung ab: „Er würde Ehrlich mit seiner Kritik nicht gerecht. Ehrlich könne etwas mehr Rücksicht beanspruchen. Aus diesem Grunde müsse der Artikel abgelehnt werden“. Andere medizinische Fachblätter haben es sogar abgelehnt, pregeheuliche Verichtigungen aufzunehmen. Dem Verfasser des vorliegenden Aufsatzes haben medizinische Fachblätter kritische Beiträge zurückgeschickt, mit dem Bemerkten, sie würden sich gefühllos schädigen, wenn sie die Arbeiten veröffentlichen. Schließlich ist das Salvarjan-Syndikat dazu übergegangen, seine Gegner persönlich zu verunglimpfen. Dem Polizeiarzt Dr. Dreum wurde der Titel Polizeiarzt abgesprochen, den ihm das Berliner Polizeipräsidium in Verbindung mit dem Ministerium zuerkannt hat. Die Verbreitung dieser unwahren Meldung besorgte selbstsamer Weise das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau, das am nächsten Tage eine pregeheuliche Verichtigung bringen mußte.

Der Artikel zählt die Namen einer Anzahl bekannter Professoren auf mit der Behauptung, daß sie dem Salvarjan-Syndikat angehörten. Die Genannten werden ebenso wenig umhin können, zu den Anklagen Stellung zu nehmen, wie die medizinischen Fachzeitschriften, denen hier eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit zugunsten des angeblichen Salvarjan-Syndikats vorgeworfen wird.

Ausland.

Frankreich.

Aus dem Wahlkampf in Frankreich. Genosse Brode erzählt aus dem letzten Wahlkampf und seinen Ergebnissen in der „Humanité“ über die Wahl des Genossen Bras folgende interessante Geschichte:

Vor etwa 17 Jahren wurde der Genosse Bras aus dem Schneiderischen Kanonenwerkern zu Greusot wegen seiner politischen Überzeugung entlassen. Die Entlassung geschah auf das Betreiben eines Berlinmeisters namens Courcau. Man wollte ihn durch den Hunger zwingen, von seinen sozialdemokratischen Ideen abzugeben oder das Land zu verlassen. Genosse Bras tat beides nicht. Er begann vielmehr einige Kilometer von Greusot als Steinbrucharbeiter Beschäftigung zu nehmen. Nach und nach vertrauten ihm seine Genossen eine Reihe von Aemtern in der Partei und Gewerkschaft an. Er wurde Mitglied der Liga der Menschenrechte, Sekretär seiner Gewerkschaft, Bezirksleiter in der Genossenschaft und Sekretär der sozialistischen Section.

Bei den letzten Wahlen wurde Genosse Bras als Kandidat unserer Partei in Greusot aufgestellt — und siegte. Und zwar sein Gegenkandidat, über den er und die Sache des Sozialismus triumphierte? Dieser Gegenkandidat war der Berliner Courcau, der Bras vor 17 Jahren wegen seiner politischen Überzeugung aufs Pflaster warf.

Kanada.

Wahltagung des 1. Mai in neun Sprachen. Aus Montreal (Canada) wird uns geschrieben: Die diesjährige Maidemonstration der Sozialisten Montreals war wohl die imposanteste von allen, welche sie bis jetzt organisiert haben, so lautete das einstimmige Urteil der bürgerlichen Tagespresse. (Eine sozialistische Presse existiert leider noch nicht.) Die Zahl der im Zuge demonstrierenden wird auf 6000 geschätzt. Einzelteiler wurde der Tag durch eine gewaltige Arbeitslojendemonstration. 3000 Arbeitslose durchzogen, von der Polizei unbefähigt, die verkehrsreichsten Straßen der Stadt. In der „Auditorium Halle“ mußte eine 2. Versammlung improvisiert werden. Mit fliegen-

den Fahnen, Musik an der Spitze begann dann gegen 7 Uhr abends die Hauptmanifestation. In dem Festzuge waren alle Sprachgruppen vertreten. Die beiden englischen Parteien, Franzosen, Letten, Russen, Polen, Russen, Juden und zum ersten Male als Organisation auch die deutschen Sozialdemokraten. In Stärke von 50 Genossen und Genossinnen marschierten sie hinter dem neuen Banner des sozialdemokratischen Bildungsvereins. Nach dem Massenmeeting auf dem „Champ de Mars“ trat der Zug den Rückweg an zur „Auditorium Halle“ wo nochmals in neun verschiedenen Sprachen die Bedeutung des 1. Mai gewürdigt wurde. Ein Festball, der bis in die Morgenstunden währte, beschloß die so würdig verlaufene Feier.

Eines mußte ichen Ausländer angenehm berühren: das war das korrekte Verhalten der Montrealer Polizei. In den Straßen ebnete ein hartes Säubermaschinenband den Demonstranten den Weg. Extra weiß behelmte Schutzleute bedeutete jedem Zuschauer, daß diese Manifestation auch gegen Belästigungen des Publikums geschützt sei. Die gesamte Presse Montreals konstatiert daher mit Genugtuung den mühseligen Verkauf der Reiseleiter. Für Deutschland noch ein Märchen!

Badische Politik.

Zur Entlassung der 60 Lehramtspraktikanten

Schreibt man uns: Die Badische Regierung hat dem görtlichen Knoten durchschauen, der sich vor unseren Augen zu immer größerer Unentwirrbarkeit zusammenfugte. Am 13. Mai haben 60 überflüssige Lehramtspraktikanten des Jahrgangs 1913 den blauen Brief erhalten. Sechzig junge Leute, die ein Spezialstudium und ein Probejahr an einer Schule absolviert haben, sind mit einem Schlag aus ihrer Laufbahn geworfen und in ihrer ganzen Existenz bedroht. In allen Kreisen, selbst in denen, die davon gar nicht betroffen werden, erregt das rücksichtslos Vorgehen der Regierung berechtigtes Aufsehen und Kopfschütteln und über die Beurteilung dieser Maßnahme herrscht nur eine Stimme.

Es ist auch tatsächlich ein Unikum, daß man junge Staatsamwärtler so behandeln. Die Regierung kann sich keineswegs auf die Juristen berufen, denen es ebenso ergoht. Der Jurist, der nicht in den Staatsdienst übernommen wird, hat anderswo Ausflucht genug zu einem handesgemäßen Unterkommen. Er kann sich als Anwalt niederlassen, kann in einer industriellen oder Handelsfirma oder bei einer Stadverwaltung Anstellung finden. Dem entlassenen Lehramtspraktikanten bleibt nichts übrig, als die traurige Existenz eines Privat- oder Hauslehrers neben noch schwer im Gewicht fällt, daß er nicht einmal seinen bescheidenen Titel weiterführen darf, wie der Jurist seinen Professor. Der Lehramtspraktikant wird durch seine Entlassung sozial bedrückt und bezieht seiner wissenschaftlichen Kenntnisse und seiner pädagogischen Leistungen in den Augen der Öffentlichkeit auf Lebenszeit diskvalifiziert.

Niemand wird dem Staat das formale Recht bestreiten, Anwärter auf Beamtenstellen anzunehmen oder abzuweisen. Aber der neue Mobus, dessen ganz Härte nun 60 junge Leute schwer zu fühlen haben, ist unerhört. Wir wissen dabei nicht einmal, ob der Staat bei der getroffenen Auswahl auch wirklich die für den Lehrerberuf weniger Geeigneten herausfand. Vermutlich haben bei der Wertung das Staatsexamen und das Ergebnis des Probejahres eine wichtige Rolle gespielt. Man darf annehmen, daß die Direktoren und die einführenden Lehrer die ihnen anvertrauten Probanden durchsichtlich günstig gewertet haben, denn bei ihnen, die die Langsamkeit des Einrückens in eintägige Stellen aus Erfahrung kennen, dürfte wenig Geneigtheit bestehen, den jungen Kollegen einen Stein in den Weg zu legen. So haben sicher viele der Entlassenen glänzende Zeugnisse über ihr Probejahr aufzuweisen. Bleibt als einziges Kriterium das Staatsexamen. Und da möchten wir denn doch zu bedenken geben, ob diese Examina ein getreues Bild von den Fähigkeiten des werdenden Lehrers zu geben vermögen. Es ist viel Wahres an dem Wort, daß diese Staatsexamens-Zugnisse häufig ein Konglomerat aus Wahrheit und Dichtung darstellen. Und es ist ungerecht, einen Lehrer einseitig nach diesen Zeugnissen zu bewerten. Das Ergiebigkeit und Unterrichten der Jugend ist nicht lediglich, ja nicht einmal zum größten Teil, eine wissenschaftliche Tätigkeit, es gehört so viel Anderes dazu, natürliche Anlage, Lehrgeschick, Umgänglichkeit, Herz für die Jungen, Geduld, Humor und solche Eigenschaften, die man sich nicht auf der Unübersicht holen kann und über die man im Staatsexamen nicht geprüft wird. Wir kennen Fälle von wissenschaftlich hochgebildeten Lehrern, die im praktischen Unterrichte gänzlich verlagen. Es ist kein Augenblick zweifelhaft, welche Art Lehrer für die Schule die wertvolleren sind und niemand weiß, ob nicht unter den 60 Entlassenen wertvolle Kräfte verloren gingen und ob sich anderswärts unter den Zurückbehaltenen nicht mancher trodene Pedant und Stubengelehrte findet, der sich durch ein gutes Stillsitzen ein hervorragendes Examen

Er geleitete die Bürgerin Hochemaure die dunfle Stiege hinab, deren getafelte Holzstufen eine dicke Schmutzschicht bedeckte.

Die Sonne stand schon tief, als sie über den Pont-Neuf schritten, und der Sockel des früheren Bronzepferdes, der jetzt mit den Nationalfarben bewimpelt war, warf lange Schatten. Ein großer Volkshaufe, zu kleinen Gruppen gesondert, lautete einigem leise sprechenden Bürgern. Die verblüffte Menge schwieg still; nur manchmal wurden Stöhnen und Bornesrufe laut. Ein Haufe eilte nach der Rue de Lionville (vormals Rue Dauphine). Als Gamelin sich einer der Gruppen näherte, erfuhr er, daß Marat ermordet sei.

Die Nachricht wurde beständig und allmählich vervollständigt. Er war im Bade ermordet worden, von einer Frau, die zu diesem Verbrechen eigens aus Caen gekommen war. Einige glaubten, die Mörderin sei entflohen, die meisten jedoch behaupteten, sie sei gefangen genommen. Alle fanden sie da wie eine Herde ohne Hirten und dachten: „Marat, der gefühlvolle, menschliche, wohlthätige Marat ist nicht mehr da, um uns zu leiten, er, der Unbeirrbar, der alles erriet, der den Mut hatte, alles aufzubeden! . . . Was tun? Was soll nun werden? Wir haben unsern Ratgeber verloren, unsern Freund, unsern Beschützer!“ Sie wußten, woher der Schlag kam, und wer den Arm dieses Weibes geführt hatte.

„Marat“, so seufzten sie, „fiel unter den Sünden der Verbrecher, die uns vernichten wollen. Sein Tod ist das Zeichen zur Abschlächtung aller Patrioten.“

Die näheren Umstände dieses tragischen Todes und die letzten Worte des Ermordeten wurden verschieden berichtet. Man erkundigte sich nach der Mörderin, von der man nur wußte, daß es ein junges Weib war, ein Werkzeug der föderalistischen Verräter. Die Bürgerinnen trauten die Nägel und blähten die Zähne; sie fanden die Guillotine zu mild für dies Schenul und verlangten Ausbeihung, Rad und Viertelung, ja sie erlannen neue Martern.

(Fortsetzung folgt.)

zusammen die er im Zeugnis sollen.

Dies eine ob den Jahrb vorher so schlech ist rezist sicher und das sich herum Berichtig

Es ist diese Härte in der Studie oder Mal Bemendri gabe, den einen an als der

in alten Studium hätte kein recht nach Teil soqa Probejahr deren Be man sag man W wenn er den Jude Welle wä richtigem titanten Erteilung abtomma Unterrich Teilnehm sprachliche den. M übertrage Serabjege hätte ma Lehrer e Amtsbild titanten mande f gemäß in springen

Allen daß sie d enerzisch 15 Jahren in Zeilum Schwierig ätig. Es muß es n nen nur /sprechen einmal ja die keine nimmt. Den Jurist Feil den Entlassen lang gedo Eoge, ein Studium rentieren 25 und 8 eriat hin enen wü Entlassen tr, daß i ihrer har

In d betrieb g Beschwer dourat Bahnhofs echnische Staatsro Angriffe digte unrefktion hinzustell det sich g Dienst u deutschgen fuz kom niemlich inspektor and bittu der dem dieses B größere rulliberat gelung d wege auf Regelung ministers der und sich dann

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

Finan als enerz caldirektio der Stadt hätte die auch bisig Berwaltung

Präsi Am i und Kom

gegen 7 Uhr waren alle in Parteien, und zum Sozialdemokratischen dem 'Champ d'Or' die Bedeutung des die Morgenfeier. ...

zusammenbraute und seinen Kopf mit Kenntnissen stopfte, für die er im Unterricht keine Verwendung hat, die aber nach dem Zeugnis seine besondere Befähigung zum Schuldienst darthun sollen. Diese Entlassung auf Knall und Fall stellt auch insofern eine objektive Ungerechtigkeit dar, als sie gerade den Jahrgang 1913 trifft. ...

festgestellt werden. Alle Klagen des Stadtrats Karlsruhe sind von uns gründlich untersucht worden. Es ist auffallend, daß nur von der Stadt Karlsruhe so viele Beschwerden vorliegen. ...

genügend Zeit zur Erholung ermöglicht werden. Wenn die Regierung zurzeit eine gesetzliche Festlegung der Dienst- und Ruhezeit ablehnt, so bin ich damit zufrieden, wenn auf dem Verwaltungswege eine Besserung erfolgt. ...

Badischer Landtag.

In der Fortsetzung der Debatte über den Eisenbahnbetrieb ging Finanzminister Dr. Rheinboldt auf die Beschwerden des Stadtrats Karlsruhe ein, worauf Oberbaurat Courtin technische Fragen zur Karlsruher Bahnhofseröffnung erörterte. ...

80. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 23. Mai. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissäre. ...

Abg. Seubert (Zentr.): Wir sind gegen die Schaffung eines besonderen Eisenbahnministeriums. Die Volkserziehung ist nicht dazu da, neue Dienststellen zu schaffen. ...

Abg. Kollb (Soz.): Der Minister behauptete heute morgen, daß ich daneben gehauen hätte. Dies trifft für den Minister zu. Denn der Minister hat in der Kommission selbst erklärt, daß ursprünglich an die Abortanlagen auf den Personals des hiesigen Bahnhofs nicht gedacht worden war. ...

Table with 3 columns: Die Beamten der Aufwandsentschädigungs-Klasse, Pauschalbetrag für allgemeine Kosten, Stredenlostenvergütung für jedes volle Kilometer. Rows I-VII.

Die Vergütung wird nach der Klasse gewährt, welcher der Beamte vor der Versetzung angehört hat. Wird infolge der Versetzung ein mehr als dreimaliges Liebernehmen im Gasthause notwendig, so erhält der Beamte für die überschüssige Zeit Aufwendungsentschädigung nach den Bestimmungen des Dienstreisekostengesetzes. Die Umzugskostenvergütung kann, wenn der Beamte durch außergewöhnliche Verhältnisse zu Auslagen genötigt war, welche die geordnete Vergütung erheblich übersteigen, bis zu dem Betrag des tatsächlichen und notwendigen Aufwandes erhöht werden. Die etatmäßigen Beamten ohne eigenen Hausstand sollen innerhalb der Grenzen der für etatmäßige Beamte mit eigenem Hausstand berechneten Ertrag des nachgewiesenen tatsächlichen und von der zuständigen Behörde als notwendig anerkannten Kosten des Umzugs mit der Maßgabe erhalten, daß als Ersatz der Auslagen für Verpflegung und Unterkunft während der Dauer des Umzugs bis zu dem Betrag einer Wohnung am Aufzugsort Aufwendungsentschädigung nach den Bestimmungen des Dienstreisekostengesetzes bewilligt wird.

Für doppelt zu entrichtenden Mietzins wird der am Aufzugsort weiter zu zahlende Mietzins insoweit vergütet, als er den doppelten Betrag des Wohnungsgeldes nicht übersteigt. Die Bestimmungen über die Umzugskostenvergütung für die nicht-etatmäßigen Beamten sollen durch Verordnung geregelt werden. Nach der alten (bis 1908 gültigen) badischen Verordnung wurden folgende Pauschbeträge und Strecken vergütet:

Dienstklasse	Pauschbetrag für allgemeine Kosten	Streckenvergütung für jedes Kilometer
I	400	4,50
II	320	4,00
III	200	3,20
VI	160	2,80
V (Wirtschaftsleiter usw.)	100	1,50
VI (alle übrigen Beamten)	40	1,00

- a) bei einem Umzug auf eine Entfernung von 50 Kilometer Pauschbetrag 40 Mk. + 50 x 1 Mk. Streckengebühren = 90 Mk., zusammen also 90 Mk.;
 - b) bei einem Umzug auf eine Entfernung von 200 Kilometer Pauschbetrag 40 Mk. + 200 x 1 Mk. Streckengebühren = 240 Mk., zusammen also 240 Mk.
- Nach dem neuen Entwurf würde der gleiche Lokomotivführer erhalten:

- a) bei einem Umzug auf eine Entfernung von 50 Kilometer Pauschbetrag 100 Mk. + 50 x 0,50 Mk. Streckengebühren = 25 Mk., zusammen also 125 Mk. oder gegenüber der alten Verordnung mehr 35 Mark;
- b) bei einem Umzug auf eine Entfernung von 200 Kilometer Pauschbetrag 100 Mk. + 200 x 0,50 Mk. Streckengebühren = 100 Mk., zusammen also 200 Mk. oder gegenüber der alten Verordnung weniger 40 Mk., und dies trotz der gesteigerten Preise für Umzüge.

Es wird wohl niemand bezweifeln, daß Besatzung kein reelles Expeditionsgeschäft einen Umzug auf 200 Kilometer für 200 Mk. ausführt. Die Streckengebühren vergütet ist in der unteren Klasse viel zu niedriger bemessen. Damit kommen wir auf einen weiteren Kardinalfehler des neuen Entwurfs, d. h. die zahlreichen Abstriche. 8 Klassen glaubte die Regierung vorlegen zu müssen. In der alten Verordnung waren es 6 und das waren noch zuviel. Die Preise für die Umzüge sind doch vollständig gleich, einerlei ob der umziehende Eisenbahnleiter oder Lokomotivführer ist. Ein Unterschied besteht höchstens in der Größe des Haushalts und da ist es oft der Fall, daß der Haushalt des unteren Beamten größer ist, weil im allgemeinen mehr Kinder vorhanden sind, was ja statistisch nachgewiesen ist; keinesfalls sind die vorgesehenen großen Unterschiede gerechtfertigt. Es erhält z. B. ein mittlerer Beamter (Klasse V) bei einem Umzug auf 100 Kilometer 270 Mk. + 80 Mk. = 350 Mk., ein Zugmeister (Klasse VIII) dagegen nur 100 + 50 = 150 Mk., also weniger als 200 Mk. Solche Unterschiede sind geradezu als unerbötlich zu bezeichnen. Nach dem Gehaltskatalog werden die Beamten in 3 Gruppen eingeteilt, und zwar in obere, mittlere und untere Beamte. Warum hat man diese Einteilung im Entwurf nicht beibehalten? Es wäre die einzig richtige gewesen. Es ist doch nicht anzunehmen, daß die 8 Klassen nur deshalb in den Entwurf hineinkamen, weil auch das Diätengesetz 8 Klassen enthält? (Nicht zur Zufriedenheit der Beamten.) Das wäre der Bureaucratismus, oder besser gesagt, der Schematismus in Reinkultur. Wenn auch der Gehaltskatalog nach diesem Rezept revidiert wird, so kommt nicht viel dabei heraus.

Es ist dringend zu hoffen, daß die Vorlage vom Plenum des Landtags nochmals an die Kommission zur Aenderung übergeben wird und daß diese offensichtlichen Mängel beseitigt werden. Andernfalls sehen die Regierung und Landtage an die Stelle eines Gesetzes, mit dem die Beamten zufrieden waren, ein Gesetz, das allgemeine Unzufriedenheit hervorruft und muß.

Jugendbewegung.

Tagung des Jungdeutschlandbundes.

Der Jungdeutschlandbund trat am Freitag in Stuttgart zu seiner Generalversammlung zusammen. Wie sehr man es in diesem Bund mit einer offiziellen Organisation zu tun hat, erklärt sich am besten daraus, daß die Generalversammlung von dem württembergischen Ministerpräsidenten begrüßt wurde. Vertreter hatten ferner entsandt: der Reichsfinanzminister, Staatssekretär Dr. Delbrück, der preussische Kultusminister und der Kriegsminister. Der Jungdeutschlandbund hat angeblich 745.000 Jugendliche als Mitglieder, eine Anzahl, die wohl mehr der Phantasie als der Wirklichkeit entsprechen dürfte.

Kommunalpolitik.

* Bürgerausschuss in Würsch. Richtigstellung. In unserem Bericht vom letzten Mittwoch, 20. Mai, muß es bei Punkt 4 heißen: In der letzten Sitzung am 25. März stellte der Gemeinderat den Antrag, 25 Pfg. für das Stück festzusetzen. In unserem Artikel heißt es irrtümlich 35 Pfg.

Soziale Rundschau.

r. In den Wahlen der Versicherungsvertreter als Besitzer beim Versicherungsamt Heidelberg, welche Ende dieses Monats stattfinden, sind von Arbeitnehmerseite je eine Liste des freien Gewerkschaftsvereins, christlich-nationaler Missionar und der Arbeiter der hiesigen Waggonfabrik eingegangen. Seitens der Arbeitgeber sind zwei Kandidaten eingegangen. Die eine

davon scheint, wie bei den Arbeitern, von der Leitung der hiesigen Fabrik inspiriert zu sein. Die ersten 2 aussichtsreichsten Sitze beansprucht in angeborener Bescheidenheit die Firma für sich selbst. Die Liste 2 der Arbeitgeber scheint der allgemeinen Ortskrankenkasse Heidelberg nahe zu stehen.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Hamburg, 15. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Sitzung verliest der Vorsitzende eine Resolution, die in einer geschlossenen Nachtigung beraten und angenommen wurde. Sie lautet: Die schweren Schäden, die dem Gesamtverband durch die Vorgänge in der Verantwortungsstelle Berlin I zugefügt worden sind, können nur durch ein einheitliches Zusammenarbeiten der Berliner Mitgliedschaft eingemessen wieder wettgemacht werden. Da jedoch das unverantwortliche Auftreten der Opposition ein solches Zusammenarbeiten neuerdings unmöglich macht, spricht der dritte Verbandstag den Vorsitzenden unserer Einheit seine schärfste Mißbilligung aus. Gleichzeitig beauftragt der Verbandstag die Hauptverwaltung, bei eventuellem Wiedereintreten der Unruhen den Ausschluß gegen diejenigen Mitglieder vorzunehmen, die das Wohl des Verbandes auf das schwerste schädigen. Ferner bestimmt der Verbandstag, daß alle in der Oppositionsarbeit betätigten Kollegen bis zum nächsten Verbandstag keinerlei Funktion innerhalb des Verbandes bekleiden dürfen.

Dazu geben die beteiligten Delegierten folgende Erklärung ab: Die unterzeichneten Delegierten des achten Verbandstages erklären, die zu den Berliner Differenzen vom Verbandstag gefassten Beschlüsse in aller Form anzuerkennen. Sie erklären, alles, was an ihnen liegt, daran zu setzen, die durch die Differenzen entstandene Scharte auszuweichen.

Kampf um das Koalitionsrecht.

legt Koch (Hauptvorstand) eine Resolution vor. Er erinnert daran, daß vom Polizeipräsidenten Jagow eine Reihe von Gewerkschaften zur Einreichung ihres Status und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder aufgefordert wurden, weil sie „politisch“ seien. Die preussische Regierung wird natürlich verstehen, es Jagow gleichzutun. Wenn dieser Versuch gelingt, so werden Jugendliche bis zu 18 Jahren nicht mehr Mitglied einer Gewerkschaft sein dürfen. Die Arbeiter aber hat die Pflicht, für das Koalitionsrecht, das ihr im § 162 der Gewerbeordnung gewährleistet ist, einzutreten. Wenn ihr das Vereinsrecht illusorisch gemacht wird, so wird der Arbeiterklasse der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg unmöglich gemacht. Aus diesen Gründen haben auch die Gastwirtsgehilfen alle Ursache, im Verein mit den anderen Arbeitern gegen die Maßnahmen von Regierung und Polizei zu protestieren und alles zu tun, um den Schlag gegen die Gewerkschaften abzuwehren. (Bravo!) Die Resolution wird einstimmig gutgeheißen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Das Recht der Vereinigung und des Streiks ist den Arbeitern durch das Gesetz gewährleistet. Diese Grundrechte dürfen sich die Arbeiter unter keinen Umständen lassen, wenn nicht der Aufstieg der Arbeiterklasse gehemmt und eine Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen eintreten soll. Die volle Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts liegt daher im Interesse des allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts. Staat und Gesellschaft sollten daher bemüht sein, es zu achten und zu schützen. Statt dessen sind in Deutschland Regierung und Polizei bemüht, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Während Streikende bei den geringsten Vergehen auf das schärfste bestraft werden, gehen die sogenannten Arbeitswilligen selbst bei den schwersten Verbrechen meist strafflos aus. Desgleichen dürfen Unternehmer den härtesten Druck, Verrückterklärung, Boykott bis zum wirtschaftlichen Ruin der Gegner ausüben, ohne in Gefahr zu kommen, mit den Strafgesetzen in Konflikt zu geraten. Der Verband protestiert auf das entschiedenste gegen die Maßnahmen der preussischen Polizei, die es neuerdings wieder verdirbt, die Gewerkschaften rechtlos zu machen, indem sie die Verbände zu politischen Vereinen stampfen will. Die Gastwirtsgehilfen versprechen im Verein mit den übrigen Gewerkschaften, alles einzusetzen, diese arbeitserfeindlichen Absichten der Reaktionen und Scharfmacher zu vereiteln.

Dießing (Hauptvorstand) referiert sodann über die Arbeitsnachweisfrage.

Er schildert eingehend die Entwicklung im Arbeitsnachweiswesen. Der Verband hat sich von Beginn an mit der Arbeitsnachweisfrage beschäftigt. Seiner Arbeit sind auch mancherlei Fortschritte auf diesem Gebiete zu danken. In keinem Beruf ist die Zerplitterung im Arbeitsnachweis so groß, wie gerade in unserem. Das Stellenvermittlungsgesetz hat Besserungen gebracht. Die nach Inkrafttreten des Gesetzes eingesetzte Kommission zur Beratung der Arbeitsnachweisfrage kam zu keinem befriedigenden Ergebnis. In ihr waren die Arbeitgeber, die Gehilfenverbände und Abgeordnete der Behörde vertreten. Aber der Genfer Verband erklärte sich von vornherein entschieden gegen den paritätischen Arbeitsnachweis. Der Vertreter des Deutschen Kellnerbundes trat für den paritätischen Arbeitsnachweis ein, aber sein Verband ließ ihn nachher im Stich. Der passive Widerstand der anderen Gehilfenverbände war so stark, daß der Leiter der gemischten Kommission, der Rat Eichen, schon nach wenigen Wochen die Hoffnung aufgab, das Ziel der Beratungen zu erreichen. Auch die Absicht, erst einmal in vier Großstädten den paritätischen Arbeitsnachweis einzuführen, scheiterte, obwohl auch die Arbeitgeber dafür eintraten. Ein Vertreter des Genfer Verbandes erklärte, seine Kollegen seien geneigt, wenn sie zusammenkämen, auch einmal „etwas Besseres“ zu trinken, sie würden sich im Arbeitsnachweis nicht wohl fühlen. Die Vertreter des Deutschen Kellnerbundes trübten ein Doppelspiel und wirkten insgeheim gegen den paritätischen Arbeitsnachweis. Man hat auch nicht verkannt, Unterstellungen anzunehmen. Den Gegnern gaben die Cafetiers in Hamburg 1500 Mk. jährlich, damit sie sich den Unternehmern mit ihrem Arbeitsnachweis zur Verfügung stellten, während wir gleichzeitig an unsere streikenden Kollegen 44.000 Mk. Unterstützung gaben, damit sie ihren Nachweis gegen den Angriff der Unternehmer verteidigen konnten. Wir haben nicht aufgehört, für den paritätischen Arbeitsnachweis zu wirken, und haben auch Erfolge erzielt. Doch soll sich der Arbeitsnachweis im einzelnen Fall erst einführen, man muß etwas Geduld haben, umso mehr, als sich der Nachweis gegen mancherlei Widerstände und Vorurteile durchsetzen muß. Bedauerlich ist es, daß die Arbeitsnachweise zum Teil in ungenügenden Räumlichkeiten untergebracht sind. Neuerdings erschwert es die Regierung, Arbitratoren für die Sachabteilung der kommunalen Nachweise einzusetzen. Doch müssen wir darauf bestehen, daß es geschieht. In Hamburg war einmal geplant, der eigene gut funktionierende Nachweis sollte der Patriottischen Gesellschaft übergeben werden, die unter alleiniger Verwaltung die Arbeitsvermittlung für das Gastwirtsgeheimere vereinheitlichen wollte. Ob man dem zustimmen kann, ist mir noch sehr zweifelhaft. — Auch nach dem Stellenvermittlungsgesetz kommen häufig Unregelmäßigkeiten in der Stellenvermittlung vor. Schlimmer als der private Stellenvermittler macht es der Deutsche Kellnerbund, der unorganisierte Kollegen unter der Voraussetzung vermittelt, daß sie vorher 15,50 Mk. an Mitgliedsbeiträgen zahlen. — Lassen wir nicht ab von der Forderung, die private Stellenvermittlung ganz zu beseitigen und dem öffentlich paritätischen Nachweis den Weg zu bahnen. (Lebhafter Beifall.) Der Referent legt folgende Resolution vor:

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse früherer Verbandstage erklärt der Verband der Gastwirtsgehilfen aufs neue, die paritätischen Arbeitsnachweise auch in Zukunft fördern zu helfen, obgleich diese Institute in manchen Orten den berechtigten Wünschen der gastwirtschaftlichen Angestellten nicht in jeder Beziehung entsprochen haben. Nach dem Bunde des Verbandes der Gastwirtsgehilfen sowohl als auch nach den Auffassungen der deutschen Gewerkschaften überhaupt sollen die öffentlichen Arbeitsnachweise Institute sein, die unter paritätischer Verwaltung lediglich die Aufgabe haben, den Arbeitslosen auf möglichst schnellstem Wege eine geeignete Arbeitsstelle zu verschaffen. Deshalb spricht der Verbandstag sein lebhaftes Bedauern aus, daß sowohl die Regierung, wie sonstige einflussreiche Behörden und Korporationen seit geraumer Zeit eifrig bemüht sind, die paritätische Selbstverwaltung aus den Facharbeitsnachweisen zu beseitigen und dafür eine rein bürokratische einzuführen. Demgegenüber fordert der Verbandstag, daß die Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise nur unter Garantie der Selbstverwaltung der sich beteiligenden Arbeitgeber- und -nehmerorganisationen durch Einsetzung von paritätischen Sachverständigen mit maßgebendem Einfluß erfolgt. Der Verbandstag erklärt gleichzeitig, daß Reorganisationsversuche von privaten Vereins- oder gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen einen eminenten Schaden für die paritätischen Arbeitsnachweise sowie für die Arbeitssuchenden bedeuten, und werden deshalb die hier zuständigen Behörden dringend ersucht, neue Erlaubniserteilungen für Stellenvermittlungen zu verhindern. Ausdrücklich betont der Verbandstag, daß Errichtung sowie Erhaltung der paritätischen Arbeitsnachweise unabwiesbare Pflicht vom Reich und Kommune ist, getragen von dem Erkenntnis sozialer Pflichterfüllung und dem Willen, die gewerkschaftliche Stellenvermittlung auszuweiten und den Arbeitssuchenden Gelegenheit für Arbeitsvermittlung zu geben.

Im Schlußwort geht Dießing auf die einzelnen Einwände ein und empfiehlt am Schluß noch einmal die Annahme seiner Resolution. Bei der Abstimmung wird die Resolution Dießing angenommen, der Antrag Leipzig abgelehnt.

Aus dem Lande.

Durlach.

Sozialdemokratischer Verein. In einer leidlich besuchten Parteiverammlung am letzten Dienstag abend sprach Gen. Kolb-Karlsruhe über: „Die Volkshausdebatten im badischen Landtag“. Es sei, so führte der Redner aus, auf früheren Landtagen in der Regel bei der allgemeinen Finanzdebatte sowohl, als auch bei dem Etat des Ministeriums des Innern zu großen politischen Debatten gekommen, die die jeweilige politische Situation geklärt hätten. In diesem Landtag hätten aber weder das Zentrum, noch die Nationalliberalen bisher sonderlich Lust gezeigt, politische Richtlinien und Ziele aufzuwerfen. Und es wäre wahrscheinlich auch beim Volkshaus nicht zur Klärung gekommen ohne die Huzarenritte des Unterrichtsministers Dr. Böhm und ohne den Antrag Muser. Kennzeichnend erstere die Stellung der derzeitigen Regierung als durchaus reaktionär, so war letzterer der Kräfte für die Stellung der Nationalliberalen zu wichtigen Kulturfragen. Selbstverständlich war man sich klar darüber, welche Stellung die Nationalliberalen zur Dotationsfrage, zur Frage der Trennung von Staat und Kirche und Schule und Kirche einnehmen würden, aber wenn z. B. der Abg. Red, der übrigens nicht dem Namen nach nationalliberal sei, die Ausdehnung des Religionsunterrichts auf die Fortbildungsschule fordere, oder wenn Herr Neumann den Antrag Muser ablehne, seien dies Zeichen des Rechtsabmarches der Nationalliberalen, der bei den letzten Landtagswahlen durch die „Wittumerei“ des Zentrums in die nationalliberale Fraktion hineingebracht „Sauererzig“ begänne zu wirken. Herr Red habe nicht nur beim Zentrum, sondern auch in seiner eigenen Fraktion Zustimmung gefunden. Herr Neumann habe auf die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Wädel, daß die Nationalliberalen in Religionsfragen bündnisfähig geworden seien zunächst gar nichts entgegnet. Da seien nun seine, Kolb's, Ausführungen über den Großstad, die einiges Aufsehen erregt hätten, weiter gar nichts als die logische Konsequenz aus der Haltung der Nationalliberalen zu so wichtigen Kulturfragen. Der Antrag Muser, der die Denk- und Gewissensfreiheit der Lehrer schützen sollte, sei streng logisch in der Verfassung begründet. Der Standpunkt der Nationalliberalen diesem Antrag gegenüber, sei nicht mehr schwächlich, sondern politische Feigheit. Sie brachten nicht einmal mehr soviel Mut auf, die Verfassung zu schützen. Er, Kolb, stehe unbedingt auf dem Boden des Großstad, wenn derselbe dem Zweck erfüllt, reaktionäre Rehrheitsbildungen im Landtage zu verhindern und politische Fortschritte zu erreichen. Nach den jüngsten Debatten könne man aber sehr wohl der Ansicht zuneigen, der Unterschied der Anschauungen in Kulturfragen zwischen Zentrum und Nationalliberalen sei nicht mehr besonders groß. Redner besprach dann noch eingehend die Stellung des Unterrichtsministers zu den freireligiösen Gemeinden und die grundsätzliche Haltung unserer Fraktion hierzu, wie auch die Abelschuldpolitik Dr. Böhm gegenüber den Arbeiterkammern und -Lernern. Dessen Haltung in allen wichtigen, bei der Volkshausdebatte berührten Fragen, seien im schroffsten Widerspruch mit dem Sinn und Geist, ja selbst mit den Buchstaben der Verfassung. — Lebhafter Beifall lohnte den Redner. In der nun einsetzenden lebhaften Diskussion, an der sich die Genossen Flor, Mengel, Storz, Weiß und Rindermann, sowie die Genossen Knecht beteiligten, fand der Standpunkt des Redners sowohl als auch der Fraktion an sich volle Billigung. In seinem Schlußwort machte Gen. Kolb noch einige recht interessante Ausführungen über nationale und internationale, politische und taktische Fragen. Sodann wurde als Vertreterin der Genossinnen in der badischen Parteiverammlung Genossin Knecht gewählt. Der Bibliothekar teilte ferner mit, daß die Bibliothek neu geordnet sei und nummerte wieder davon Gebrauch gemacht werden könne.

— Gewerbegerichtssetzung vom 22. Mai. Die Verhandlung erfolgte ohne Beifahrer. Schreiner Nittershofer klagt gegen Schneidermeister Köffel auf 61,55 Mk. Entschädigung wegen kündigungsgeldloser Entlassung. Nittershofer behauptet bestimmt, daß hinsichtlich der Kündigung keine mündliche Vereinbarung bestanden habe, während Köffel ebenso bestimmt erklärt, daß durch eine solche Vereinbarung die Kündigung ausgeschlossen worden sei. Da Behauptung gegen Behauptung steht und ein Vergleichsversuch des Vorsitzenden, Rechtsanwält Guttenberg, abgelehnt wird, soll in einem neuen Termin durch Zuzugenehmer weiterer Beweis erhoben werden. — Malergehilfe Wilh. Doll klagt gegen Malermeister Phil. Bull auf 80,30 Mk. rückständigen Lohn für 4 Wochen. Bull ist, wie üblich bei ihm, nicht erschienen und es ergeht daher Versäumnisurteil. (Ob der arme Teufel dieses Geld erhält, erscheint nach Lage der Verhältnisse fraglich. Solche „Meister“ sollten eigentlich keine Arbeiter beschäftigen. D. A.) — Von der Straßenbahn. Während die Menschen unserer neuen Straßenbahn gegenüber jetzt ziemlich vorzüglich geworden

find, haben sich die Hunde noch nicht daran gewöhnen können. Wiederholt, so auch am letzten Sonntag abend, wurden Hunde, darunter wertvolle Masten, überfahren.

Erkfindungen.

Auf die öffentliche Verammlung, welche heute abend im Trauttschen Saale stattfindet, sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht. Landtagsabg. Rößch-Lörrach spricht über: „Die Kultus- und Schuldebatte im badischen Landtag“.

Offenbarung.

* Todesfall. An den Folgen einer Blutvergiftung ist hier an Alter von 42 Jahren Apotheker Schöck gestorben. Der Entschlafene ist ein Sohn des in Karlsruhe lebenden Privatiers Schöck.

* Seibelberg, 22. Mai. Gestern abend hat sich ein tödlicher Unglücksfall ereignet. Die Niederbrunner Schwester Columbia, die in Biegelhausen die Kinderschule leitet, fuhr mit mehreren Bekannten auf einem Wagen aus Schlierbach von der Mainanbahn zurück. Auf der Schlierbacher Landstraße scheuten die Pferde vor einem Eisenbahnzug; die Schwester sprang vom Wagen ab und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß sie eine schwere Kopfverletzung erlitt, die den Tod der Schwester herbeiführte.

Der Schlusshappell der Karlsruher Arbeiterchaft.

Im Kolosseum hielt gestern morgen unsere Partei ihre einzige Verammlung in der Stadt ab. Der Besuch war ein guter, es wäre jedoch zu wünschen gewesen, daß der Saal voll besetzt gewesen wäre. Verschiedene Vereine, Gewerkschaften, Sport- und Gesangsvereine, konnten es nicht übers Herz bringen, ihre auf diesen Tag festgesetzten Vergünstigungen dieser wichtigen Veranstaltung zu Liebe ausfallen zu lassen oder zu verschieben. Wir meinen, die 3-4 Sonntage höchstens im Jahre, die die Partei für sich in Anspruch nimmt, sollte jede Korporation unserer Sache opfern können. — Zur Behandlung standen zwei Fragen auf der Tagesordnung. Gen. Landtagsabg. Kolb sprach in temperamentvoller Weise über den Kampf um die Kulturfragen im badischen Landtag und Gen. Stadtrat Ged über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die Abrechnung, die Gen. Kolb mit dem reaktionären Kultusministerium hielt und die Wahrheiten, die er den Nationalliberalen sagte, wurden durch häufiges sehr richtiges lebhafte von der Verammlung unterstrichen. Gen. Ged rollte eine Anzahl kommunaler Fragen auf und schilderte die Stellung und Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Rathaus. Energisch wies er nochmals die verleumderische Behauptung der Gegner über die Haltung der Sozialdemokratie in der Vergesellschaftungsfrage zurück.

Gen. Sigmund eröffnete gegen 1/11 Uhr, die Verammlung mit kurzen Begrüßungsworten und erteilte folgende Gen. Kolb das Wort zu seinem Vortrage über

Der Kampf um die Kulturfragen im badischen Landtage.

Er führte etwa aus: Die politischen Vorgänge, die sich bei den Volksschuldebatten abgepielt haben, stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ausfall der letzten Landtagswahlen. Das Zentrum hat außerordentlich schlaue kalkuliert, indem es Elemente in die nationalliberale Landtagsfraktion dirigierte, die eigentlich zu den Konserverativen gehören. Wir haben in Baden verschiedene freie Religionsgemeinschaften, die nicht zu den sogenannten anerkannten Religionsgemeinschaften gehören. Diese haben auf Grund der Gesetze kein Recht zur öffentlichen Gottesverehrung. Eine Ausnahme macht lediglich die freie Religionsgemeinde in Mannheim. Der Minister Böhm hat nun bei den Volksschuldebatten diesen freireligiösen Gemeinden gegenüber eine Stellung eingenommen, die mit der Stellung eines liberalen Ministers nicht mehr vereinbar ist. Seine Auffassung steht mit der Verfassung in direktem Widerspruch. Der Paragraph 19 der Verfassung sagt ausdrücklich, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses gleiche Rechte haben, es steht nirgends in der Verfassung, daß jemand einer positiven Religionsgemeinschaft angehören müsse, um eine Staatsstellung bekleiden zu können. Die Verfassung kann und darf niemals durch ein anderes Gesetz, also auch nicht durch das Volksschulgesetz außer Kraft gesetzt werden. Das Volksschulgesetz bestimmt nirgends, daß der Staat gezwungen ist, Religionsunterricht zu erteilen, er leitet hier der Kirche lediglich freiwillige Dienste. In den Volksschulen wird der Religionsunterricht ausschließlich von den Geistlichen erteilt. Der Staat ist auch nicht verpflichtet, der Kirche die Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts zur Verfügung zu stellen. Es ist in letzter Linie Sache der Kirche, Religionsunterricht zu erteilen. Der Staat aber hat sich auf die Seite der Kirche gestellt und seine eigenen, in der Verfassung niedergelegten Bestimmungen ignoriert.

Der Redner schildert dann eingehend den Fall des Lehrers in Muggensturm. Lediglich deshalb, weil der Mann in einer privaten Unterhaltung seine Meinung vertreten hat, ist er aus dem Staatsdienst entlassen worden.

Stellung des Zentrums

bei den Volksschuldebatten war recht zentriert. Es hätte diejenige Partei sein müssen, die am ersten dafür eintritt, daß keine Leute Religionsunterricht erteilen müssen, die selber nicht glauben, was sie lehren. Wenn Herr Rebmann gemeint hat, wenn man die Lehrer, die nicht mehr kirchengebunden sind, vom Religionsunterricht befreie, dann die Konsequenz davon wäre, daß eines Tages auch die Lehrer die Erteilung des Unterrichts in anderen Lehrfächern als nicht im Einklang mit ihrer Überzeugung stehend ablehnen würden, so ist das eine ganz irrtümliche Ansicht, das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge. Der Staat hat keine Dogmen aufgestellt, die für alle Zeiten Geltung haben.

Die Kirche fürchtet aber offenbar die freireligiöse Bewegung; das geht schon daraus hervor, daß sie eine Petition an die Regierung gerichtet hat, in der sie verlangt, daß die freireligiösen Gemeinden außerhalb der Verfassung gestellt werden sollen.

Die am wenigsten rühmliche Rolle haben im Landtag die Nationalliberalen eingenommen. Das außerordentlich Beweiserliche bei der ganzen Auseinandersetzung ist, daß das „liberale“ Ministerium Schritt für Schritt vor der Reaktion zurückgewichen ist. Redner befreit dann die Haltung des Ministers gegenüber der

Freien Turnerschaft.

Diese Haltung ist so lächerlich, wie irgend etwas in der Welt. Rund 70 Prozent der jeweils zur Ausschreibung kommenden Turnern haben nicht die nötige körperliche Ausbildung. Wenn nun private Organisationen auftreten, die die Pflicht erfüllen, die der Staat vernachlässigt, so verdienen sie den Dank des Staates, denn diese Ausbildung kommt dem Staat selber zugute. Der Standpunkt des Ministers in dieser Frage ist keineswegs und geschäftlich und hat gar keinen Zweck, als nur den, die

moderne Arbeiterbewegung zu schädigen. Wir protestieren dagegen nicht, weil wir irgendwelche Nachteile davon befürchten, sondern weil wir uns als Staatsbürger zurückgesetzt fühlen, weil wir auf Grund der Verfassung genau so gleichberechtigt behandelt sein wollen, wie die anderen.

Die Nationalliberalen haben sich in der ganzen Situation unbehaglich gefühlt. Gegen die verblüffende Erklärung des Pfarrers Rödel als Antwort auf die Rede des Herrn Red, daß, wenn die Nationalliberalen in Kulturfragen die gleiche Stellung einnehmen, wie Herr Red, sie händnisfähig für das Zentrum seien, hätte der folgende liberale Redner, Herr Rebmann, entschieden auftreten müssen. Er hat aber zu der Äußerung des Herrn Rödel keine Stellung genommen. Der

Großblock

hat nur dann einen Zweck, wenn er eine Mehrheit in Kulturfragen sichert, aber er hat seine Existenzberechtigung verloren, wenn diese Mehrheit nicht zustande kommt. (Lebhaftes sehr richtig!)

Was wir bei den nächsten Landtagswahlen tun werden, darüber brauchen wir uns heute noch nicht zu unterhalten. Aber auf die Liberalen werden wir unter keinen Umständen mehr Rücksicht nehmen, sondern wir werden den Kampf rücksichtslos gegen sämtliche bürgerlichen Parteien führen und uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen.

Wahltag — Zahltag!

Heute wählt die 3. Klasse zum Bürgerausschuß. Die Wahl beginnt vormittags 11 Uhr und endigt abends 8 Uhr. Wähler, Arbeiter und Bürger!

Denkt an das Arbeiter-Sängerfest Pfingsten 1913!

Denkt an die Verschönerungspläne unserer Stadtverwaltung!

Denkt an die traurige Haltung der bürgerlichen Parteien bei diesen und anderen Fragen!

Keine Stimme diesen Parteien. Wählt nur die Liste der Sozialdemokratie!

beginnen mit dem Namen Schwall August, Gauleiter. Nehmt keine Streichungen vor, gebt die Zettel unverändert ab, nur dann sind sie gültig.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Gen. Kolb ergreift sofort

Stadtrat Gen. Eugen Ged

das Wort, um zu sprechen über

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Redner beschäftigt sich zunächst mit dem bestehenden Klassenwahlrecht, durch das den Bürgern mit großem Geldbeutel größere Rechte zugesprochen wurden, wie der ärmsten Bevölkerung. Der Gesetzgeber läßt dieses ungerechte Klassensystem nur bestehen, weil es sich in seiner Härte gegen die große Masse des Volkes richtet und damit auch gegen die Vertretung der großen Masse, die Sozialdemokratie. Wir müssen aber auch das schlechte Wahlrecht ausnützen, um dafür zu sorgen, daß eine möglichst große Zahl Sozialdemokraten auf das Rathaus kommt.

Uebergehend zu den speziellen Karlsruher Kommunalfragen beschäftigt sich Gen. Ged zunächst mit der

Klasswahl.

Wie im Landtag, so legen unsere Genossen auch auf dem Rathaus einen großen Wert auf die größtmögliche Beste Ausgestaltung unserer Volksschule. Schwere Kämpfe hatten die Sozialdemokraten gegen die Nationalliberalen zu führen. Vor wenigen Jahren noch hatten wir hier die Armen- und das Schulgeld. Es ist der Sozialdemokratie mit ihrem unermüdbaren Kampfe zu danken, wenn die schimpfliche Einrichtung der Armenfreiheit gefallen ist. Wir verlangen Einführung der Lernmittelfreiheit und die Beseitigung der Vorurteile. Man soll nicht schon in den Kindern Klassengegenstände hervorrufen.

Ein wichtiges Gebiet ist das der

städtischen Anstalten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Angestellten der Stadt anständig bezahlt werden, die Arbeitszeit eine ordentliche ist und insbesondere den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet wird. Auf dem Gebiete der

Wohnungsfrage.

die für Karlsruhe besonders brennend ist, ist die Sozialdemokratie jederzeit, wo sich auf dem Rathaus Gelegenheit bot, für die Förderung des Kleinwohnungsbaus eingetreten. Wir verlangen, daß die gemeinnützigen Baugenossenschaften von der Stadt finanziell unterstützt werden, und daß weiter die Stadt selbst zum Eigenbau schreiten soll. Bei der Frage der Vergütung städtischer Arbeiter verlangen wir stets, daß in erster Linie diese Firmen berücksichtigt werden sollen, und daß weiter nur solche Firmen die Arbeiten ausgeführt bekommen sollen, die ihre Arbeiter anständig bezahlen und deren Koalitionsrecht anerkennen. Wir be kämpfen auch stets das gegenseitige Unterbieten, im Interesse der Handwerker und der Firmen, wie auch im Interesse der Arbeiterchaft, die schließlich doch der leitende Teil ist. Eine weitere bedeutsame Frage war die

Durchführung der Sonntagsruhe.

Vor drei Jahren gab es überhaupt noch keine Sonntagsruhe hier. Wir erreichten zunächst, daß nachdem die vollständige Sonntagsruhe durchzuführen nicht gelang, wenigstens dieselbe in den Monaten Mai bis Oktober eingeführt wurde. Nach Ablauf des betr. Statuts im letzten Jahre verlangten wir wiederum die vollständige Sonntagsruhe. Der Stadtrat lehnte jedoch unseren Antrag ab, er wollte das alte Statut bestehen lassen. Unter unserer Führung gelang es aber im Bürgerausschuß durchzusetzen, daß die fünf männlichen Angestellten nicht allein im Sommer, sondern nunmehr das ganze Jahr ihren wohlverdienten freien Sonntag haben. Und von all den Schäden, dem angekündigten Ruin der Geschäfte usw. ist nichts zu sehen.

Auch auf dem Gebiete der

Volksernährung

berücksichtigten wir Arbeit zum Wohle der Gesamtheit. Die Fleisckpreise waren zu fast unerträglich hoher Höhe gestiegen. Es war dringend notwendig, daß Maßnahmen zur Ein-

berung der Not ergriffen wurden. Wir haben mitgewirkt, um alles zu tun, was zur Hebung jener Not nötig war. Auch die Einrichtung des C e e f i s c h m a r k t e s wurde von uns aufs lebhafteste unterstützt.

Die Frage der

Veränderung oder Vergesellschaftung unserer Straßenbahn war die wichtigste, die seit Jahren die Gemeinde beschäftigt. Der Stadtrat hatte mit ziemlich großer Mehrheit der Vergesellschaftung zugestimmt. Die Gefahr, daß die städtischen Projekte Verwirklichung finden würden, war wirklich groß. Wir dürfen ohne Ueberhebung sagen, daß die Sozialdemokratie die Führung hatte in der Bekämpfung jener Projekte, die außerordentlich nachteilig gewesen wären für die Stadt. Gerade die Entscheidung über diese wichtige Frage zeigte, wie wichtig es ist, daß man Leute aufs Rathaus schiebt, die ein bestimmtes Programm haben, das dafür bürgt, daß sie nicht so oder so hinfallen. Die damaligen Anhänger der Vergesellschaftungspläne sehen nun ein, was sie für eine Dummheit gemacht haben mit ihrer damaligen Haltung, sie suchen nun das Verdienst der Sozialdemokratie zu schmälern, indem sie sagen, die Sozialdemokratie habe nur unter dem Fraktionszwang so geschlossen gegen die Vorlage gestimmt. Diese Behauptung ist un wahr; während der ganzen monatelangen Verhandlungen wurde nie eine Stimme in unserer Fraktion laut, die sich für die Annahme der Vorlage ausgesprochen hätte. Herr Günner sagte in Klippsturz, daß jene kurzfristige Stadtpolitik (betr. Vergesellschaftung) verhindert worden sei. Sehr richtig, aber die Fortschrittler haben die wenigste Schuld daran. Wir müssen darauf sehen, daß die Straßenbahn auf keinen Fall aus den Händen der Stadt kommt, diese Betriebe dürfen nicht in privatkapitalistische Hände kommen.

Die Sozialdemokratie kann sich mit dem auf dem Rathaus Geleisteten schon lassen, sie wird sich auch in der Folge sehen lassen können, denn ihre ganze Vergangenheit bürgt dafür, daß sie ihre Arbeit nur in den Dienst der Gesamtheit stellt, daß sie ihr Programm durchführt. Daß sie ihren Einfluß behält und ihr Programm und ihre Forderungen im Interesse der Allgemeinheit durchzuführen kann, dafür zu sorgen ist Sache der Wähler. Die Interessen des Volkes werden am besten geschützt werden, wenn die Sozialdemokratie mit möglichst großer Stimmen- und Mandatszahl aus den Wahlen hervorgeht. — Auch diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der anschließenden Diskussion weist Gen. Marum darauf hin, daß es bei den Gemeindevahlen und im Bürgerausschuß keinen Großblock gebe, die Sozialdemokratie stand immer allein. Und wenn die bürgerlichen Parteien dieser oder jener unserer Forderungen zustimmten, so geschä es nur aus Angst. Heute will es nun bei der Verschönerung keiner gewesen sein. Die Herren Trunk und Selbing, die Hauptbefürworter der Verschönerungsprojekte haben während des ganzen Wahlkampfes noch kein einziges Mal den Mund aufgemacht, sie würden von ihren Parteien fast, hinter die Kulissen gestellt. Heute kommt jede der bürgerlichen Parteien und erklärt, daß sie nicht haben wolle, daß die Straßenbahn hergegeben würde. Das ist auch ein Erfolg der Sozialdemokratie. Herr Stinnes wird es aber bei der Energie, die solchen Leuten eigen ist, nicht bei jenem einen Ansturm lassen. Es ist deshalb nötig, daß Leute aufs Rathaus gewählt werden, die den ferneren Versuchen wiederum energisch entgegen treten. Auf die Bürgerlichen ist kein Verlaß, deren Stimmen haben sich gegenseitig auf, sie boten ein jämmerliches Bild. Man hat als Grund, wenn die Betriebe hergegeben werden sollen, angegeben, man wolle sie aus den unfähigen Händen der Bureokratie nehmen und sie tüchtigen Privatunternehmern überlassen. Das ist aber nicht der richtige Weg. Wir sagen: Nicht weg mit den Betrieben, weil die Bureokratie unfähig ist, sondern weg mit der unfähigen Bureokratie und die Werke besetzen. (Lebhafter Zustimmung.)

Der Bürgerausschuß hat nicht nur den Stadtrat zu wählen, sondern auch den künftigen Oberbürgermeister, er hat also wichtige Rechte. Da muß dann ernstlich und reiflich geprüft werden, wer gewählt werden soll als Stadtoberhaupt. Die Politik des gegenwärtigen Oberbürgermeisters ist reaktionär und arbeitserföndlich, es sei nur an sein Verhalten beim Arbeiter-Sängerfest und beim Streik bei Spidderhoff u. Widmann erinnert. Die Nationalliberalen und das Zentrum haben sich genau so gehässig aufgeführt. Deshalb ist es Pflicht der Wähler, dafür zu sorgen, daß die Vertretung der Arbeiterchaft gestärkt wird, es kommt beim Proporz auf jede Stimme an. Gehe deshalb nicht nur jeder zur Wahl, sondern sei auch jeder ein Agitator. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Kolb weist noch kurz auf die Abstimmungsverhältnisse bei der Vergesellschaftungsfrage hin. Von den 85 Stimmen, die gegen die Vorlage abgegeben wurde, waren 86 sozialdemokratische, damit ist der überragende Verdienst der Sozialdemokratie an dem Fall der Vorlage genügend illustriert. Weiter wendet sich Gen. Kolb gegen die gehässige und unwahre Anschuldigung seiner Rede im Landtag zur Milliarsteuer. Die Konserverativen suchen mit dieser Rede Geschäfte zu machen. Gen. Kolb weist an der Hand seiner tatsächlichen Ausführungen nach, wie unwahr jene Anschuldigungen sind. Er hat lediglich die Details darauf hingewiesen, wie es die Warenhäuser machen, und ihnen geraten, sich zusammenzuschließen, auch von den anderen zu lernen. Mit Steuern würde nichts erreicht, denn die großen Geschäfte würden auch Wege finden, diese zu umgehen. Die Konserverativen mögen spekulieren wie sie wollen, sie werden nur Dummte fangen, die Geschäftsleute, die wissen, was die Sozialdemokratie will, werden sich durch jene Mittel nicht irren lassen. — Damit hatte die Abstimmungsroll verlaufene Verammlung nach 12 Uhr ihr Ende erreicht.

Aus der Stadt.

*** Karlsruhe, 25. Mai.**

Auf zur Wahlarbeit!

Die Wahlbüros befinden sich in folgenden Wirtschaften:

- D i f f t a d t: „Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13.
- M i t t e l s t a d t: „Gambirushalle“, Erbprinzenstr. 30.
- M i l l i b u r g: „Goldener Hirsch“, Hardstr. 20a.
- W e s t s t a d t: „Dragoner“, Uhlandstraße.
- S ü d s t a d t: „Auerhahn“, Schützenstr. 58.

In den Vororten in den dort bekannten Partei-Localen. Genossen! Stellt Euch heute abend von 6 Uhr ab zahlreich zur Verfügung. Wenn es irgend möglich ist, der Erscheinung und helfe bei der Wahlarbeit mit. Auf an die Arbeit!

Die Listenführer werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die Resultate auf dem schnellsten Wege in den „Volkfreund“ befördert werden. Fernruf 481 und 128. Von hier aus wird dann dafür gesorgt werden, daß die Resultate rasch auch in die oben genannten Localen, auch in die „Palme“ weiter gegeben werden.

Heute abend 1/9 Uhr im „Auerhahn“: Fortsetzung der Vorträge des Genossen Reimes über „Entwicklung des Wirtschaftens“

Herr Chr. Jaach, das Warenhaus Knopf und die Buchdrucker.

In seiner Nummer 4 der „Badischen Handwerker-Zeitung“ bringt der grrrrroße Mittelstandretter Jaach einen Artikel über die im Warenhaus Knopfeingerichtete Visitenkarten-Druckerei, denunziert nach konserverbitem Brauch dabei in nicht gerade schöner Weise das Warenhaus bei der Polizeibehörde, das Geschäft habe nicht die nötigen Schutzvorrichtungen an der Maschine angebracht. Des weiteren fragt Herr Jaach an, wie die Tariffähigkeit im Warenhaus Knopf beschaffen wären, und ob der dort beschäftigte „Jüngling“ im „Berechnen“ oder im „Gewißgeld“ entlohnt würde. Herr Jaach will dann noch wissen, woher das Warenhaus den Buchdrucker bezogen habe, der seinen Kollegen so arg ins Handwerk puschte, indem im Warenhaus 50 Stück Visitenkarten für 50 Pf. abgegeben würden.

Wir verstehen ja den Schmerz des Herrn Chr. Jaach darüber, daß nun auch ein Warenhaus dazu übergegangen ist, Druckerarbeiten herzustellen, wenn auch nur in ganz beschränktem Maße. Aber Herr Jaach wird doch nicht etwa verlangen, daß die Gewerbebefreiung auf die Kaufhäuser keine Anwendung finden darf? Oder doch?

Wenn man in der Öffentlichkeit irgend etwas kritisieren will, so ist u. E. immer die erste Pflicht, sich vorher genau zu informieren, ob auch das, was man nun behauptet, den Tatsachen entspricht. Der konserverbitem Herr Jaach macht es anders. Er wettert und behauptet einfach darauf los, ob es nun wahr ist oder nicht, das klammert den Herrn mit der christlichen Gesinnung anscheinend wenig.

Damit aber sein seelisches Gleichgewicht wieder hergestellt wird, wollen wir seine Neugierde befriedigen und auch seiner Wahrheitsliebe etwas nachhelfen. Wir stellen fest, daß der Buchdrucker, der im Warenhaus Knopf an einer kleinen Postonpresse, nicht Liegeldruckpresse, wie Herr Jaach behauptet, Visitenkarten druckt, ordnungsgemäß seine 4 Rohre gelernt hat und auch schon in anderen Betrieben als Gehilfe gearbeitet hat. Zur Ehre der Firma Knopf sei auch hier festgestellt, daß der „Jüngling“ nicht zum Minimum, sondern über den Tariffentlohn wird. Unwahr ist, daß der im Warenhaus Knopf beschäftigte Buchdrucker dem tausenden Publikum die Visitenkarten anpreist, wie dies Herr Jaach in dem betr. Artikel behauptet. Es ist auch nicht wahr, daß 50 starken 50 Pf. kosten. Wahr ist, daß 50 Karten 60 Pf. kosten. Mein Herr Jaach kann im Warenhaus Knopf auch Visitenkarten 100 Stück bis zu 4 Mk. erhalten. Die kleine Postonpresse wird mit Hand betrieben und sind Schutzvorrichtungen hier nicht vorgezeichnet, da sich auch das kleinste Kind an einer solchen Maschine nicht verletzen kann. Uebrigens kommen Kinder nicht an das Maschinchen, sondern wenn der Buchdrucker fort ist, wird die Maschine zugebuddelt. Mit seiner Denunziation an die Polizei wird Herr Jaach also wohl sein Glück haben.

Wenn alle Buchdruckergehilfen, und insbesondere diejenigen des Herrn Jaach, ein so angenehmes Arbeitsverhältnis hätten, wie der Buchdrucker bei der Firma Knopf, würden sie sich glücklich schätzen können.

* Unternehmer Herling und seine „Lieblinge“. Letzten Samstagabend leistete sich Herr Herling einmal mit seinen Hausreihern einige recht vergnügte Stunden. Er hatte die feinen Herren in seine Wohnung eingeladen und sah dort mit diesen edlen Männern bei einem opulenten Mahle beisammen und aß und trank mit ihnen nach Herzenslust.

Daß Unternehmer solche Verräter der Arbeiter hin und wieder füttern, um sie bei guter Laune zu halten, ist an und für sich keine Seltenheit, bedürfte also kaum einer Erwähnung. Daß aber der Herr Unternehmer noch seinen Lieblingen das schöne Lied: „Ich bete an die Macht der Liebe“ vorspielt und vorsingt, das ist doch eine außergewöhnliche Erscheinung. Hier scheint uns denn doch eine starke Dosis Heuchelei dabei zu sein. Auf der einen Seite schlicht dieser Herr, der so schön christliche Lieder singen und spielen kann, Verträge mit den Arbeitern ab die er sofort dadurch zu umgehen versucht, daß er die Arbeiter nötigt, einen Nevers zu unterschreiben, wonach sie mit 5 Pf. unter Vertragslohn zufrieden sein sollen, und auf der andern Seite werden jene Leute, die jeder Ehrebar ihren Mitarbeitern in den Rücken fallen und diesen den Kampf um ihr Recht erschweren, unter den Klängen eines fröhlichen Liedes mit dem von den ehrlichen Arbeitern lauer verdienten Profite gefüttert. Von Christentum können wir da recht wenig bemerken.

Aber so sieht heute die christliche Nächstenliebe der Unternehmer überall aus. Wenn Herr Herling wirklich so christlich sein will, wie er vor seinen Lieblingen tat, warum gibt er nicht dem Staate was des Staates ist?? Er steht aber jedenfalls auch auf dem Standpunkt so vieler Unternehmer-Kapitalisten, daß der Glaube an die christliche Nächstenliebe ein Loch hat, wenn es sich um den lieben Mamon handelt.

* Selbstmord im Café. Letzten Samstagabend ereignete sich um 1/7 Uhr im vollbesetzten Café „Deon“ ein aufregender Vorfall. Die Geliebte des Kapellmeisters der dort seit einiger Zeit konzertierenden Künstlerkapelle Lazar Sverdloff, die 16jährige Tochter einer hiesigen angesehenen Familie lag auf der Treppe vor dem Spiegel plötzlich einen Revolver, ein Schuß trachte und das Mädchen sank bewußtlos zu Boden. Alles sprang von den Stühlen und drängte nach der Treppe. Man hob die Schwerberlekte auf, legte sie auf ein Billiard im 2. Stock und telefonierte nach dem Krankenauto, das schon in den nächsten 5 Minuten erschien und die Unglückliche nach dem städtischen Krankenhaus verbrachte. Wie man hört, soll Lunge und Herz bedenklich verletzt sein. Wie uns mitgeteilt wird, soll das Mädchen bereits schon einmal vor circa 14 Tagen in der Wohnung des Kapellmeisters einen Selbstmordversuch durch Aufschneiden der Pulsader mit dem Rasiermesser unternommen haben. Vor Ausübung der entsehlenden Tat am Samstag ließ sie sich von der Kapelle noch Nr. 730 (Liebeswalzer), eine Komposition ihres Geliebten, spielen, und nachdem der letzte Ton verklungen, legte sie den Revolver an. Das Konzert wurde natürlich sofort abgebrochen und das Publikum entfernte sich langsam. Nur der Aushängeschild am Orchesterpodium mit der Aufschrift „Auf Wunsch Nr. 730“ sedete noch.

Explosionskatastrophe.

Düren (Rheinland), 23. Mai. Heute vormittag 12.30 Uhr erfolgte in der Schießbaumwollfabrik der Deutschen Sprengstoffabrik durch Losgehen einer Patrone eine Explosion. Zwei aufeinanderfolgende schwere Schläge erschütterten die ganze Stadt. In der Nachener Straße, im Garzenich und in Rolsdorf sind Tausende von Fensterscheiben eingedrückt. Viele Dächer wurden abgedeckt. Die Explosion machte sich in einem Umkreis von 1/4 Stunde bemerkbar. Die Fabrik ist zum großen Teil eingestürzt. 21 Personen wurden verletzt, darunter drei schwer.

Zur Revolte in Albanien.

Die Aufständigen vor Durazzo. Wien, 23. Mai. Hier eingetroffene Meldungen aus Durazzo besagen, daß nach der bereits mitgeteilten Einnahme von Tirano zwischen diesem Ort und Schizah heftig gekämpft werde. Die Aufständischen sollen sich nach einer Schlappe der Regierungstruppen Durazzo so weit genähert haben, daß sie von der Hauptstadt aus beschossen werden können. Der nach Tirano entsandte Leibarzt des Fürsten, Dr. Berghausen, erklärte die Lage für sehr ernst.

Rom, 24. Mai. In einem Telegramm, das der italienische Gesandte in Durazzo an den Minister des Auswärtigen gefandt hat, werden die bereits bekannten Vorfälle bestätigt. Es sei die Gendarmerie unter dem Befehl von holländischen Offizieren von den Insurgenten gefangen genommen worden, während die Leibwache der katholischen Missionen bei den ersten Schüssen davonlief auf die Nachricht, es sei in der Stadt eine unbeschreibliche Panik ausgebrochen. Die Insurgenten sollen 2000 Mann und mehr stark sein. Die Bewegung scheint überhaupt religiösen Charakter zu haben und es ist nicht ausgeschlossen, daß Banden von Anhängern Essad Paschas im geheimen daran teilnehmen.

Der Abret verzicht sich. Durazzo, 24. Mai. (Agencia Stefani). Infolge des drohenden Angriffes der Aufständischen auf Durazzo haben sich der Fürst, die Fürstin und ihr Gefolge an Bord des italienischen Kriegsschiffes Misurata begeben.

Letzte Berichte. Durazzo, 24. Mai. (Agencia Stefani). Die Europäer, die darum nachgesucht haben, sind an Bord der italienischen Kriegsschiffe gebracht worden. Die italienischen Matrosen sind an Bord zurückgekehrt, bis auf eine 30 Mann starke Abteilung, die zum Schutze der italienischen Gesandtschaft zurückgeblieben ist. Die Aufständischen haben vier holländische Offiziere zu Gefangenen gemacht. Eine Deputation der Aufständischen ist mit den Mitgliedern der internationalen Kontrollkommission, die den Aufständischen entgegengefahren waren, um mit ihnen zu verhandeln, in Durazzo angekommen und hat das Ansuchen gestellt, mit dem Fürsten zu sprechen. Der Fürst hat sich infolgedessen in Begleitung seines Generalstabes und des italienischen Admirals um 7 Uhr 30 Min. wieder an Land begeben.

Letzte Nachrichten.

Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen. Straßburg, 24. Mai. In ganz Elsaß-Lothringen gingen heute die Gemeinderatsnachwahlen bei wenig reger Beteiligung vor sich. Bemerkenswert ist das Ergebnis in der Industriestadt Tann, wo die Sozialdemokraten unterlagen und im neuen Gemeinderat nicht mehr erscheinen. In Zabern haben die Neuwahlen eine wesentliche Veränderung

der bisherigen Zusammensetzung des Gemeinderats nicht ergeben. In Mühlhausen ging in allen drei Bezirken die Kompromißliste durch. In Straßburg dürfte vor 10 Uhr abends ein Resultat nicht zu erwarten sein.

Straßburg, 24. Mai. Bei den heutigen Nachwahlen zum Gemeinderat, die in Straßburg bekanntlich aufgrund eines freiwilligen Proporzess zwischen den vier Parteien geführt wurden, wurde die Liste der vereinigten Parteien gewählt. Der Gemeinderat wird sich also aus 15 Sozialdemokraten, 10 Fortschrittlern, 8 Zentrumshängern und drei Mittelparteilern zusammensetzen. Die Wahlbeteiligung war heute, wie vorauszu sehen war, nur gering. Sie betrug in einigen Bezirken nur 40-50 Proz.

Colmar, 24. Mai. Der Linksbund hat bei der heutigen Nachwahl zum Gemeinderat einen glänzenden Sieg errufen. Es sind von ihm von 21 zur Nachwahl stehenden Kandidaten 15 gewählt worden, davon 4 Sozialdemokraten, ein Demokrat, 6 Liberale und 4 Mittelparteiler. Von der Liste der Merkfallen und der Partei des Herrn Blumenthal sind nur 6 Kandidaten durchgekommen, davon kein einziger Merkfaller, sondern drei Mitglieder der Blumenthalpartei und drei sich als parteipolitisch unabhängig Bezeichnende. Die Beteiligung war enorm und betrug 95 Prozent. Die Begeisterung über die Niederlage der Merkfaller in der Stadt ist groß. Der Gemeinderat Colmar besteht nunmehr aus 7 Demokraten, 5 Sozialdemokraten, 10 Liberalen, 4 Mittelparteilern, einem Merkfaller, drei Unabhängigen und drei Mitgliedern der Blumenthalpartei.

Mühlhausen i. G., 24. Mai. Für die heutigen Gemeinderatswahlen, in denen noch 18 Sitze von 36 zu besetzen waren, hatten die Sozialdemokraten im ersten und dritten Wahlkreis Wahlenthaltung empfohlen und im zweiten Wahlkreis drei von sechs Kandidaten aufgestellt. Das Hauptgewicht des heutigen Wahlkampfes wurde indessen auf den zweiten Wahlkreis gelegt und es gelang den Sozialdemokraten, ihre Stimmenzahl von 414 auf 566 zu steigern, während die bürgerliche Kompromißliste von 1906 auf 807 zurückging. Die Zusammensetzung des Gemeinderats ist nunmehr folgende: 18 Sozialdemokraten, 8 Zentrum, 7 Fortschrittler und 3 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die Wahlen in Belgien. Brüssel, 25. Mai. Nach den bis gestern abend 10 Uhr vorliegenden Ergebnissen über die geistige Erstwahl zur belgischen Kammer verteilen sich 88 zu vergebende Wahlsitze auf 41 Mitglieder der katholischen Partei, 20 der liberalen Partei, 26 der sozialistischen Partei und einen der christlichen Demokratie. Die Katholiken verlieren zwei, die Liberalen verlieren einen Sitz und gewinnen zwei, die Sozialisten gewinnen einen Sitz. Eine Verschiebung kann noch dahin eintreten, daß ein Sitz der katholischen Partei verloren geht und der den Liberalen zufallen würde.

Vereinsanzeiger. Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden. Den vereinslichen Bezirksvereinen die Mitteilung, daß von heute ab eine weitere Lieferung der „Sängerzeitung“ im Lokal zum „Auerhahn“, Schützenstraße 58, zum Abholen bereit liegt. 1154.2 Karlsruhe. Sängerbund Fortwärts. Die Proben finden am Dienstag und Freitag abends halb 9 Uhr im Saale der „Wahalla“, Augartenstraße, statt. Nach derselben wichtige Besprechung. Erscheinen sämtlicher Sänger ist Pflicht. 1215 Karlsruhe. Arbeiteradfabrikerverein (Solidarität). Unsere Mitglieder werden gebeten, sich heute abend zahlreich in den einzelnen Wahllokale zur Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen. 1213.

Wasserstand des Rheins. Schutterinsel 2.85 m, gest. 23 cm, Keil 3.47 m, gest. 16 cm, Maxau 5.03 m, gest. 6 cm, Mannheim 4.44 m, gest. 3 cm.

Carl Schöpf

Karlsruhe (Marktplatz).

1204

Für den Pflingst- und Sommerbedarf sind die Abteilungen

Damen-Konfektion Kinder-Konfektion

mit neuen, ausgesuchten schönen Sortimenten vollständig ausgestattet und bieten alle Lager, besonders auch in:

Wash- und leichten Woll-Stoffen eine überaus reiche Auswahl

zu niedersten Preisen.

Sommer-Paletots	in geschmackvoller Ausführg., einfarbige Popeline, Alpacca	12 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ 25 ⁰⁰	bis 58 ⁰⁰
Seiden-Jacken,	elegante Modeartikel in Moiré, Eolienne, Tafel	17 ⁵⁰ 25 ⁰⁰ 32 ⁰⁰	bis 80 ⁰⁰
Sport-Jacken,	chice, kleidsame Fassons, einfarbig u. karierte Stoffe	8 ⁵⁰ 14 ⁵⁰ 22 ⁰⁰	bis 40 ⁰⁰
Blusen,	Batist, Mousseline, Wolle, Seide, in neuester Ausführung	1 ⁵⁰ 2 ⁷⁵ 5 ⁰⁰	bis 58 ⁰⁰
Jackenkleider,	Wolle, einfarbig und Fantasiestoffe, nur letzte Neuheiten	12 ⁵⁰ 19 ⁷⁵ 24 ⁰⁰	bis 135 ⁰⁰
Frotté- u. Leinen-Kostüme,	aparte flotte Fass., in vornehmer Ausführung	14 ⁵⁰ 23 ⁵⁰ 32 ⁰⁰	bis 70 ⁰⁰
Tailen-Kleider,	Mousseline, Leinen, Batist, Voile, Seide	12 ⁵⁰ 19 ⁰⁰ 26 ⁰⁰	bis 175 ⁰⁰
Kostüm-Röcke,	neueste Streifen und Karos, grosse Mode: schwarz-weiss kariert, Tunique-Fassons	2 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ 8 ⁵⁰	bis 48 ⁰⁰
Unterröcke,	Leinen, Waschstoffe, Alpacca, Seide, beste Verarbeitung	1 ⁷⁵ 3 ⁵⁰ 6 ⁷⁵	bis 48 ⁰⁰

Auf alle Artikel Rabattmarken oder 5% Barabzug.

Kartell freigeistiger Vereine.

Am Mittwoch, den 27. Mai, abends 7/9 Uhr, im Saale der „Vier Jahreszeiten“, Sebelstraße 21

Öffentliche Versammlung.

Dr. Max Maurenbrecher-Mannheim spricht über

„Recht und Kraft des freireligiösen Religionsunterrichtes“.

Freie Diskussion. Eintritt frei.

Jede

Hausfrau

die sich die Frage vorlegt, wo kaufe ich **gut** und doch **billig** darf nur im

Spezialgeschäft

ihre Einkäufe machen.

Jedes Spezialgeschäft

muss bestrebt sein, seine Kunden

aufmerksam und **fachmännisch**

mit **Rat und Tat** zu unterstützen, weil

das Spezialgeschäft

den grössten Wert darauf legt, nicht nur zu verkaufen, sondern auch seine Kunden zufrieden zu stellen.

Jedem Käufer ist dadurch gewährleistet

nur beste und tadellose

Waren bei grösster Preiswürdigkeit zu erhalten.

Das Spezialgeschäft

braucht keine forcierten Angebote, die

Güte

seiner Waren sind seine

Reklame.

Prüfen Sie selbst unsere Worte durch ihre

Einkäufe

in den Spezialgeschäften. 718

Rabatt-Spar-Verein
Karlsruhe

Vereinigung
der Detaillisten
von Karlsruhe

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe 1207

Jähringerstraße 100. — Telefon 629.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für

Hier:	Auswärts:
Gärtner	5
Färber und Wäscher	1
Lagerer und Polsterer	3
Militärattiler auf Tornister	2
Sattler auf Wagen	2
„ „ „ Auto	2
Bäder	2
Wegger	8
Zigarrenmacher (Roller)	3
Schneider	10
Schuhmacher	2
Zuschuhmacher	2
Friseur	3
Steinhauer	5
Plastersteinrichter	2
Maler	10
Malers	10
Dachbeder	6
Plätzer	2
Kaminfeger	1
Schmiede	3
Bagner	2
Drachflechter	1
Polgatterfeger	1
Rüfer	2
Korbmacher	1
Bergolber	1
Zimmerer	4
Glaszer	2



Mittwoch, den 27. und Donnerstag, den 28. Mai ununterbrochen v. 7-11 Uhr großes Spezialitäten u. Sensationsprogramm.

„Der letzte Wunsch des Stahlkönigs“ Sensationsdrama in 3 Akten. „Postlagernd Treues Herz 909“ Drama aus dem Leben in 3 Akten. 1209

Aktuelle Aufnahme der Feuerwehr in Durlach.

Beiletzungsfeierlichkeiten des früheren Feuerwehrkommandanten Christian Kaser in Pforzheim.

Als Extra-Einlage: Mr. Rudolfi!!

Der König der Kunstseifer, unerreicht hohes „C“. Ferner als Original Wiener Fiacker: Der beste Giradikopist! 1209

Auftreten in Durlach nur an den beiden Tagen.

Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, Schuhe, Heberzecher v. 4 an, Mäster zc. sowie beste Gelegenheitsstücke in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufsgeschäft von **Arnold Schap**, Jähringerstraße Nr. 38.

Stroh-Hüte

für Herren

Matelot- u. Panama-Formen 1187

Adolf Lindenlaub

Hutmagazin — Kaiserstrasse 191.

Pfannkuch & Co

Heute eingetroffen: Frische **Kirschen** Pfund 25 Pfg.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach. Geburten vom 11. bis 17. Mai: Max Egbert Oskar Verthold Otto, B. Max Egbert Mejer, Ingenieur. — Rosa, B. Ludwig Hoffmann, Bierführer. Eheschließungen vom 16. Mai: Michael Chret, Schlosser, von Domsbach, Amt Weinheim, und Karoline Friebohn von Ruhbaum, Amt Bretten. — August Zipse, Wagner, von Bisingen, und Mina Kugeler von Brantel, Amt Bretten. — Wilhelm Friedrich Ludwig Ammann, Schreiner, von hier, und Katharina Regina Guggolz von Sulzfeld. — Max Franke, Wagemachmeister, von Paris, und Ida Klara Büchle von hier. Gestorbene vom 17. und 18. Mai: Christine geb. Haupp, Ehefrau des Stadtarbeiters Karl Philipp Meinger, 59 J. alt. — Anna Maria, B. Karl Hermann Hartwig, Gasarbeiter, 9 J. alt.

Das geheimnissvolle X

Das gewaltigste Film-Schauspiel in 6 Akten nur kurze Zeit im 1220

Palast-Lichtspiele

Herrenstr. 11.

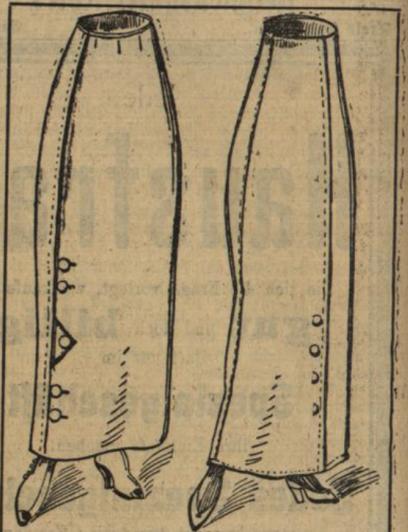
Zell-Weierbach d. Offenburg Wirtschaft z. „Bad“ Lokal des Sozialdem. Vereins. Großer Saal, Nebenzimmer, Gartenwirtschaft. Für Vereine bestens empfohlen. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit. 1112 Karl Hugel.

Weisse Blusen

Beachten Sie unser Blusenfenster Lammstr.

Ausserordentlicher Gelegenheitskauf.

Nur solange Vorrat.



Batistbluse mit Millefleurskragen 1.50

Batistbluse mit reicher à jour u. Stickerei 2.50

Batistbluse auch mit Stehkragen 3.90

Imit. „einenrock“ 2.50

Frottérock 5.50

Modewaren	Batistkragen mit Va'encienne-spitze, reizende Blusenkragen St.	0.50	0.40	0.30	0.25	Vollekragen bunt gestickt St. 0.38 Batistkragen Mille fleurs-Must. 0.38	Moderne Jackettwesten in diversen Ausführungen St. 2.45 1.95 1.50 1.25 0.95 Moderne Batist-Blusenweste m. Bubenkragen, eleg. Ausführung mit Knopfbesatz, à jour Batistkrawatte St. 4.90 3.25
	Moderne Jackett-Rollkragen versch. Stoffarten u. Ausführungen	1.10	0.90	0.70	0.45		

Zur Bequemlichkeit unserer Kundschaft geben wir mittags von 11 bis 1 Uhr in unserem Erfrischungs-Raum ein Mittagessen für 70 Pfg.

KNOPF

Bijouterie

Blusen u. Rocknadeln St. 0.95 0.65 0.50
 Moderne Gehänge mit Medaillon od. Perlen St. 1.25 0.90 0.60
 Moderne Halsketten bernsteinfarbig etc. St. 1.00 0.65 0.45
 Moderne Broschen St. 1.00 0.75 0.50
 Moderne Halsbändchen St. 2.25 0.95

Pfannkuch & Co

Eier!

Vollreife Trink-Eier
 extra schwer (gestempelt)
 10 Stück **80**

schwer, sortierte Sied-Eier
 10 Stück **70**

Frische Koch-Eier
 10 Stück **65**

Denkbar größte Leistungsfähigkeit bei billigen Preisen, weil direkte Waggon in eigener Leuchtstabelle geprüft und sortiert werden.

Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 in den bekannten Verkaufsstellen

Apfelgold

das beste moussierende Apfel-Getränk.

Überall erhältlich.

Tel. Karlsruhe Nr. 2701. Tel. Durlach Nr. 16.

Färberei u. chem. Waschanstalt Aug. Reiser
 Filiale Hirschstr. 10 Teleph. 1387. Marktgrabenstr. 33 hält sich für die Frühjahrs-Saison in allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten bestens empfohlen u. macht besond. auf die Preise aufmerksam.

Preisliste:

Chemisch reinigen	Färben
Paletot reinigen . . . M. 2.00	Paletot färben . . . M. 3.00
Herrn-Anzug reinigen . . . 2.50	Herrn-Anzug färben . . . M. 3.50 bis 4.00
Gehrock-Anzug reinigen . . . 2.70	Hose färben . . . M. 1.20
Hose reinigen . . . 0.80	Damenkleid färben . . . 3.50
Weste reinigen . . . 0.50	Damenrock färben . . . 2.00
Anzug aufbügeln . . . 1.00	Bluse färben . . . 1.50
Damenkleider reinigen . . . M. 1.80 bis 3.50	usw.
Damenrock reinig. M. 1.80 bis 1.60	
Bluse reinigen M. 0.70 bis 1.30	
Bettcouvert reinigen . . . M. 2.00	
Woll-Bett-Lappich reinig. . . 1.20	
Vorhänge reinigen Paar . . . 1.00	
Spachtelvorh. rein. Paar . . . 2.00	
Gewäschene Vorhänge zum Spannen . . . Paar . . . 0.50	
Stores . . . Paar . . . 0.60 bis 1.00	
Leinen-Vorhänge Paar . . . 2.00	

Ganze Blüsch- und Stoff-Garnituren sowie Bodenteppiche, werden zu den billigsten Preisen gereinigt.

Die Sachen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.
 Telephon 1387.

Pfingst-Verkauf:

Leinenkostüme von 4.70 an
 Leinenröcke von 3.00 an
 Batistblusen von 95 Pfg. an

Wilhelmstr. 34, 1 Cr.
 Keine Ladenbesen. 1184

Korsetten in nur guten Qualitäten, hoch und nieder, bequemer Sitz, v. 2. M. angetriebene Sachen weit unter Preis. Wegen Abreise ein Gramophon mit 14 Platten zusammen 12 M., Veritas, vier Stühle, Waschservice u. s. w. 210 M.
Adlerstraße 17, eine Kreppe.

Fahrrad, sehr gut, m. Torp. Viengoth, Rintz., Hauptstr. 2011

Bekanntmachung.

Aufgrund des § 22 des Ortsstrafengesetzes und des § 7 der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrafengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:

§ 1.
 Das Ortsstatut vom 18. Juli 1887 über den Ertrag von Straßenerhaltungskosten, wird, soweit es sich auf die „Straße auf dem Reugraben“ (jetzt Kerkenstraße) bezieht, aufgehoben.

§ 2.
 Die Eigentümer der an die Kerkenstraße zwischen der Rheinstraße und der Nordgrenze des Grundstücks Lsg. Nr. 5081 d. angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenerhaltungskosten zu erlegen.

Es finden die „allgemeinen Grundzüge über den Weizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenerhaltungskosten nach § 22 des Ortsstrafengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist.

Ein Kostenanschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenschnittes, sowie ein Abdruck der erwähnten Grundzüge über den Weizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenerhaltungskosten liegen bis zum 9. Juni 1914 auf dem Rathaus, — Tiefbauamt — zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Ausschlußvermeidung bis zum 12. Juni 1914 ander geltend zu machen.

Zur Abstimmung darüber, ob die Beiträge auch hinsichtlich der unüberbauten Grundstücke sofort nach der Straßenerstellung, fällig sein sollen, wird gemäß § 22 Abs. 2 des Ortsstrafengesetzes Tagfahrt anberaumt auf den 9. Juni 1914, nachm. 5 Uhr, in den Sitzungssaal des Stadtrats, zu der die Beteiligten hiermit geladen werden.

Bei der Abstimmung werden Richterstimmen und Nichtabstimmende als zustimmend gezählt.

Karlsruhe, den 22. Mai 1914.

Der Stadtrat:
 Dr. Paul. Neubed.

Sakko-Anzug, wenig ge- tragen, sowie **Gehrock-Anzug** für mittelgroße starke Figur, billig zu verkaufen. **Morgenstr. 6, 2. Stod l.**

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Geburten vom 14. bis 22. Mai: Ewald, V. Joh. Kömer, Kaufmann. — Kornelia Johanna Katharina, V. Heintz. Schöpf, Verwaltungsfeldtär. — Margarete Luise, V. Karl Fr. Schumacher, Kaufmann. — Luise Stefanie, V. Gustav Herrmann, Tapeziermeister. — Marianne Elisabeth Magdalena, V. Karl Ulrich, Kaufmann. — Luise Rosa, V. Ernst Weiß, Referendarführer. — Martha Paula, V. Karl Hobapp, Schlosser. — Erna Emma, V. Joh. Schottmüller, Schreiner.

Todesfälle vom 20. und 21. Mai: Elisabeth, 11 J. alt, V. f. Aug. Formholz, Schriftfeger. — Elja, 4 Mon. alt, V. Hermann Sutterer, Kutscher. — Rudolf Meier, Schlosser, ledig, 25 J. alt. — Pauline Diefmann, 22 J. alt, geprobelt, ledig; Elisabeth Reckanus 56 J. alt, Ehefrau von Karl Reckanus, Hauptlehrer. — Jakob Lehle, Privat. — Witwer, 81 J. alt. — Katharina Zief, 68 J. alt, Witwe von Gustav Zief, Bureau-diener. — Vinzenz Widmer, Fabrikarbeiter, Chemann, 44 J. alt.